



Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS)

Über das Verhältnis zwischen dem schweizerischen und dem ukrainischen Kapitalismus

Eine Recherche zu den gegenwärtigen und zukünftigen Beziehungen zwischen dem schweizerischen und dem ukrainischen Kapitalismus.

Inhalt

1. Einführung	2
2. Die Beziehungen zwischen der schweizerischen und der ukrainischen Wirtschaft: ein kurzer Blick über den Tellerrand	3
3. Ukraine als Eroberungsland für Schweizer Kapital?	5
4. Erst liberalisieren, dann in Sicherheit investieren: Die Ziele der Unternehmen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft gegenüber der Ukraine	8
5. Entwicklungshilfepolitik: eine Unterstützung der Interessen der imperialistischen Länder	17
6. Transithandel und Schweizer Steuern: der reiche Tisch, an dem der Schweizer Kapitalismus und die ukrainischen Oligarchen schlemmen	21
7. Der Schweizer Markt: wichtigster Handelspartner ukrainischer Unternehmen und wichtigste Stütze der Steuerhinterziehung	24
8. Schlussfolgerungen.....	29

1. Einführung

Der imperialistische Invasionskrieg der russischen Regierung gegen die ukrainische Bevölkerung sollte eine tiefgreifende Debatte über die Frage des Imperialismus, seine allgemeinen Mechanismen, aber auch über seine Besonderheiten neu eröffnen. Den Imperialismus der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder einer solchen Analyse zu unterziehen, bleibt auch im Kontext des blutrünstigen und inakzeptablen Vorgehens des Putin-Regimes bedeutend. Denn diejenigen, die heute in den Bewegungen gegen den imperialistischen Invasionskrieg der russischen Regierung aktiv sind, werden morgen auch gegen jeden imperialistischen Invasionskrieg kämpfen werden müssen.

Konkret: Die Analyse des Schweizer Imperialismus sollte es uns ermöglichen, zu verstehen, wie die fortgeschrittenen Sektoren des Schweizer Kapitalismus, angeführt von den grossen transnationalen Konzernen, in der Ukraine wie in Russland lediglich gehandelt haben, um ihre eigenen Profite zu steigern. Im besten Fall haben sie dabei ein neoliberales Regime wie das ukrainische und im schlimmsten Fall ein kapitalistisch-reaktionäres, repressives und kriegstreiberisches Regime wie das russische ausgenutzt und unterstützt. Die verschiedenen nationalen Imperialismen sind miteinander auf besondere Weise verflochten. Denn auch wenn die höchste Ausbeutungsrate der Arbeitskraft innerhalb wie ausserhalb ihrer Grenzen das grundsätzliche Ziel ist, besitzen die einzelnen Imperialismen ihre spezifischen Merkmale und Interessen. Im Folgenden wird also darum gehen die Besonderheiten des Schweizer Imperialismus gegenüber der Ukraine herauszuarbeiten. Das Wissen um die Handlungsweise des Schweizer Kapitalismus, seine Allianzen mit anderen Imperialismen ersten und zweiten Ranges erlauben es, wirksamere politische Forderungen zu stellen und das Profil unserer Kampagnen gegen die andauernde imperialistische Ausdehnung zu schärfen, sowie gleichzeitig Sofortmassnahmen zur Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung zu fordern, die auf die tatsächlichen Macht- und Ausbeutungsverhältnisse abzielen.

Die Ausarbeitung solcher Forderungen wird von entscheidender Bedeutung sein, sobald der Invasionskrieg vorbei ist und der Wiederaufbau der zerstörten Ukraine wahrscheinlich nach alten Mustern erfolgen wird: durch Ausbeutung hochqualifizierter und extrem billiger Arbeitskraft sowie Handel von Gemeingut wie Rohstoffen (u.a. via die Schweiz), vermittelt der heimischen Oligarch:innen und transnationaler Konzerne.

2. Die Beziehungen zwischen der schweizerischen und der ukrainischen Wirtschaft: ein kurzer Blick über den Tellerrand

Unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer und der UdSSR knüpfte die Schweizer Wirtschaft rasch Verbindungen mit derjenigen der jungen unabhängigen Ukraine. Die ersten statistischen Belege für das Interesse des Schweizer Kapitalismus am riesigen neuen ukrainischen "freien Markt" stammen aus dem Jahr 1992. Dies war natürlich ein sehr langsamer Prozess, der von einer offensichtlichen Zurückhaltung der Schweizer Unternehmen geprägt war, sowohl was die Direktinvestitionen als auch die Handelsbeziehungen anbelangt. Ein neuer Markt mit grossem Potenzial – der Bevölkerung, einer nicht marginalen Industriestruktur und vor allem immensen Ressourcen in Form von Rohstoffen (Landwirtschaft, Energie und Bergbau) –, aber auch noch unbekannt und völlig ohne die (rechtlichen, wirtschaftlichen und finanziellen) Rahmenstrukturen, die Risiken verringern und die Gewinne für kapitalistische Investor:innen erhöhen.

Handelsbilanz deutlich zu Gunsten der Schweiz gekippt

Die Handelsbilanz zwischen der Schweiz und der Ukraine ist durch einen deutlichen Überschuss der Schweizer Exporte gekennzeichnet. Im Jahr 2021 waren die Schweizer Exporte 2,9-mal höher als die Importe aus der Ukraine: 640,591 Millionen Franken gegenüber 221,137 Millionen Franken. Der ukrainische Markt ist für Schweizer Unternehmen nur ein sehr marginaler Absatzmarkt für ihre Geschäftsaktivitäten. 1992 machte er 0,09% der gesamten Schweizer Handelsbilanz aus und stieg 2021 gerade mal auf 0,18%. Historisch gesehen entwickelten sich die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern von 1992 bis 2000 langsam, wobei die Schweizer Exporte kaum die 100-Millionen-Grenze überstiegen (durchschnittlich 85 Millionen Franken im Jahresdurchschnitt) und die ukrainischen Importe im Durchschnitt bei 15,9 Millionen Franken lagen. Ab dem Jahr 2000 verzeichneten die Schweizer Exporte bis 2013 ein stetiges und deutliches Wachstum, mit einem starken Rückgang zwischen 2008 und 2009, der jedoch schnell wieder aufgeholt wurde. Die Exporte stiegen von 135,200 Millionen Franken im Jahr 2000 auf 825,122 Millionen Franken im Jahr 2013 (Höchststand). Von 2013 bis 2015 verzeichneten die Schweizer Exporte einen regelrechten Einbruch und erreichten 2015 mit 255,645 Millionen Franken das Niveau von 2005. Unmittelbar danach wuchsen die Ausfuhren jedoch bis 2021 wieder mit hohem Tempo an, ohne jedoch das Rekordniveau von 2013 zu erreichen.

Im Gegensatz dazu entwickelten sich die ukrainischen Importe in die Schweiz bis 2011 mit einem Jahresdurchschnitt von 47,515 Millionen Franken weiterhin "sanft". Ab 2011 nahmen die Einfuhren im Vergleich zur vorangegangenen Phase bis 2021 stetig, wenn auch langsam, zu. In dieser zweiten Phase belliefen sich die Einfuhren im Jahresdurchschnitt auf 165,338 Millionen Franken.

Die Zusammensetzung des Warenverkehrs

Entgegen der Darstellung in den Medien ist der Handel zwischen der Ukraine und der Schweiz nicht von den klassischen Gütern (Energie und Gemüse) dominiert. Die Einfuhren von Getreide machten im Zeitraum 1992-2021 nur 1% aus, anorganische Chemikalien 3,77%¹, Holz 2,03%², Eisen und Stahl 3,87% und Eisen- und Stahlerzeugnisse 2,12%. Wir werden später sehen, dass Rohstoffe auf der handelsachse Ukraine-Schweiz eine entscheidende Rolle spielen.

Die ukrainischen Importe konzentrieren sich vor allem auf einige wenige Sektoren: Im Zeitraum von 1992 bis 2021 entfielen 40,55% der eingeführten Waren auf die Zollkategorie der Edelmetalle³, insbesondere Gold. Die ukrainischen Minen verkauften Edelmetalle im Wert von 50,86 Millionen Franken. Interessanterweise kaufte die Ukraine jedoch im gleichen Zeitraum Edelmetalle aus der Schweiz für durchschnittlich 47,2 Millionen Franken, was im Zeitraum 2002-2021 auf durchschnittlich 68,57

¹ Anorganische Chemikalien; anorganische oder organische Verbindungen von Edelmetallen, radioaktiven Elementen, Seltenerdmetallen oder Isotopen.

² Holz, Kohle und Gegenstände aus Holz.

³ Natürliche Perlen oder Zuchtperlen, Edelsteine oder Halbedelsteine, Edelmetalle, mit Edelmetallen plattierte Metalle und Waren daraus; Modeschmuck; Münzen.

Millionen Franken anstieg. Es besteht also auch jetzt noch ein Überschuss zugunsten des Schweizer Kapitalismus. Der zweitwichtigste Lieferant ukrainischer Waren ist der Bekleidungssektor⁴, der mit durchschnittlich 7,47 Millionen Franken 8,28% der gesamten Importe in die Schweiz ausmacht. Es folgt der Sektor Maschinen, Apparate und elektrische Ausrüstungen (Komponenten) mit 5,53% (durchschnittlich 4,99 Millionen Franken) und dann der Sektor Papier und Pappe mit einem Anteil von 4,37% oder durchschnittlich 3,942 Millionen Franken im Zeitraum 1992-2021. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass 60% der ukrainischen Importe in die Schweiz im Zeitraum 1992-2021 auf vier Sektoren entfallen. Allesamt Branchen mit geringer Wertschöpfung, die im Wesentlichen Güter liefern, die den Produktionszyklus der Schweizer Industrie ergänzen und quantitativ marginal sind im Vergleich zu den Bedürfnissen des Schweizer Kapitalismus. So machen die Edelmetallimporte aus der Ukraine im Jahr 2021 nur 0,0672% der Gesamteinfuhren dieser Waren aus.

Auf der Seite der Schweizer Exporte in die Ukraine kanalisiert die Schweizer Industrie ihre klassischen Produkte mit hoher Wertschöpfung. Der Anteil der Pharmazeutika am Gesamtumsatz betrug im Zeitraum 1992-2021 durchschnittlich 27,136% (durchschnittlich 89,252 Mio. CHF) und stieg im Zeitraum 2001-2021 auf 29,290% (durchschnittlich 130,178 Mio. CHF). Es folgen, wie bereits erwähnt, die Edelmetalle mit einem langfristigen Durchschnitt von 14,296% (47,02 Mio. CHF), der Sektor der mechanischen Maschinen und Apparate⁵ mit 13,183% (43,360 Mio. CHF), die Uhrenindustrie mit einem durchschnittlichen Anteil von 9,334% (30,699 Mio. CHF), der Sektor der elektrischen Maschinen und Apparate mit 4,556% (14,983 Mio. CHF) und der Sektor der optischen Instrumente⁶ und Apparate mit 3,407% (11,206 Mio. CHF).

Eine erste Einschätzung der Beziehung zwischen den beiden kapitalistischen Regimen

Aus dieser kurzen Analyse der Handelsbilanz zwischen den beiden Ländern geht hervor, dass die Ukraine für die Schweizer Exportindustrie bis heute kein besonders attraktiver Markt ist. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) lag die Ukraine im Jahr 2021 mit einem von 4.828 US-Dollar⁷ weltweit auf Platz 137. Dies verdeutlicht, dass die Kaufkraft der ukrainischen Bevölkerung kein Faktor sein kann, der die Handelsbeziehungen mit der Schweizer Wirtschaft, einem Exporteur von Luxusgütern im Allgemeinen, und erst recht nicht mit den ukrainischen Verbraucher:innen dynamisieren kann. Auch die ukrainische Industrie und Wirtschaft ist kein nennenswerter Absatzmarkt für Schweizer Unternehmen. Nach Angaben des IWF ist der Index der Wirtschaftstätigkeit und der Industrieproduktion von 108,02 im Jahr 2011 auf 81,16 im Jahr 2020 gefallen. Der mit Abstand niedrigste Index der Länder in der Region.⁸ Ein grosser Teil dieses Einbruchs ist sicherlich auf die Annexion der Krim und die Militäraktionen im Donbass durch die russische Regierung im Jahr 2014 zurückzuführen. Es zeigt aber auch, wie schwierig es ist, den ukrainischen Markt zu einem attraktiven Absatzmarkt für Schweizer Exporte zu machen.

Neben der Bedeutsamkeit als Markts oder Lieferquelle für Schweizer Waren muss allerdings auch die andere Artikulation gemessen werden, durch die imperialistische Aktionen eines fortgeschrittenen kapitalistischen Landes aufgebaut und konsolidiert werden: die von Schweizer Unternehmen getätigten ausländischen Direktinvestitionen (FDI).

⁴ Bekleidung und Bekleidungszubehör, nicht gestrickt oder gehäkelt.

⁵ Kernreaktoren, Kessel, Maschinen und mechanische Geräte sowie deren Komponenten.

⁶ Optische, fotografische oder kinematografische Instrumente, Apparate und Geräte; Mess-, Prüf- und Präzisionsinstrumente, -apparate und -geräte; medizinische und chirurgische Instrumente, Apparate und Geräte; Teile davon und Zubehör

⁷ Siehe <https://www.imf.org/external/datamapper/NGDPDPC@WEQ/WEOWORLD>. Zum Vergleich: Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt der Europäischen Union lag im Jahr 2021 bei 38'392 US-Dollar, das Osteuropas bei 12'855 US-Dollar und das der Welt bei 12'517 US-Dollar.

⁸ Der Index der Wirtschaftstätigkeit und der Industrieproduktion im Jahr 2020 lag für die Russische Föderation bei 131,74, für Polen bei 149,44, für Litauen bei 139,66, für Lettland bei 135,57, für Ungarn bei 131,5, für Estland bei 149,21, für die Tschechische Republik bei 120,76 und für Bulgarien bei 111,14. Quelle: Internationaler Währungsfonds (IWF), Internationale Finanzstatistik (IFS); <https://data.imf.org/>

3. Ukraine als Eroberungsland für Schweizer Kapital?

Der Schweizer Kapitalismus ist in hohem Masse von der Internalisierung des Kapitalakkumulationsprozesses und der damit verbundenen Realisierung des Mehrwerts abhängig. Diese Abhängigkeit zeigt sich letztlich in der absolut imperialistischen Dimension ihrer Expansionspolitik, die eine grundlegende Garantie für die Erzielung von Profiten und Überschüssen darstellt. Konkret lässt sich diese Expansionspolitik anhand der Analyse der ausländischen Direktinvestitionen (FDI) von "Schweizer" Unternehmen messen. Bei den ausländischen Direktinvestitionen handelt es sich um die Übernahme neuer Produktions- und Vertriebsmittel im Ausland durch Schweizer Kapital, sei es durch die Gründung, den Erwerb oder die Übernahme von Anteilen. Für die Schweizerische Nationalbank sind ausländische Direktinvestitionen *"dazu bestimmt, einen direkten und dauerhaften Einfluss auf die Tätigkeit eines gebietsfremden Unternehmens auszuüben. Eine Direktinvestitionsbeziehung liegt vor, wenn ein Unternehmen mindestens 10% des Kapitals (mit Stimmrechten) eines Unternehmens mit Sitz in einem anderen Land hält oder eine Tochtergesellschaft oder Niederlassung in einem anderen Land gründet. Liegt eine Direktinvestitionsbeziehung vor, werden alle finanziellen Beziehungen innerhalb der Gruppe zwischen Unternehmen mit Sitz in verschiedenen Volkswirtschaften in der Regel als Direktinvestitionen betrachtet"*.⁹ Es sollte hinzugefügt werden, dass "Schweizer Unternehmen" auch ausländische Unternehmen mit Sitz in der Schweiz (gebietsansässige Unternehmen) umfassen. Hat die Muttergesellschaft des Konzerns ihren Sitz in der Schweiz, gehören diese Finanzbeziehungen zu den schweizerischen Direktinvestitionen im Ausland; hat sie ihren Sitz im Ausland, gehören sie zu den ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz. Ein wichtiges Thema, auf das wir zurückkommen werden.

Die Schweiz gehört zu den fünf wichtigsten Ländern für ausländische Direktinvestitionen (FDI)

Ende 2020 beliefen sich die von Schweizer Unternehmen gehaltenen Bestände von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) auf 1.460 Milliarden CHF. 20,04% (292,6 Milliarden. CHF) wurden in den USA investiert, 6,12% (89,38 Milliarden. CHF) in Grossbritannien, 4,76% (69,46 Milliarden. CHF) in Deutschland und 4,44% (64,81 Milliarden. CHF) in Frankreich.¹⁰ Ein Niveau an ausländischen Direktinvestitionen, mit dem die Schweiz im Jahr 2015 weltweit auf Platz 5 lag, nach den USA, den Niederlanden, dem Vereinigten Königreich und China.¹¹ Dies bestätigt die Stärke und vor allem die Abhängigkeit des Schweizer Kapitalismus von seiner imperialistischen Politik. Der wachsende Kapitalüberschuss der schweizerischen Arbeitgeber:innen und Aktionär:innen erfordert neue Investitionsfelder, um seine Vergütung (Gewinne) zu gewährleisten. Mit anderen Worten, die kontinuierliche Ausweitung der Schaffung und Akkumulation von Kapital verstärkt ständig den Export von Schweizer Kapital ins Ausland. Die Gründung von Tochtergesellschaften im Ausland, die Beteiligung an ausländischen Unternehmen in der ganzen Welt, die zunehmende Internalisierung des Produktionsapparats sind Faktoren, die das kapitalistische Regime der Schweiz als dasjenige kennzeichnen, das am stärksten von seinen Investitionen im Ausland abhängig ist und als einer der Motoren des modernen Weltimperialismus gilt. Entlang dieser Linie sollten die Beziehungen zwischen Schweizer Unternehmen und der ukrainischen Wirtschaft analysiert werden, ebenso wie das Vorgehen der Schweizer Regierung. Die Beziehungen sind natürlich nicht einseitig. Wir werden auch sehen, wie die schweizerische Finanz- und Steuerplattform den Interessen der ukrainischen Oligarch:innen dient, denen es dank der besonderen rechtlichen und steuerlichen Bedingungen der Schweiz selbst noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt gelingt, eine bedeutende und substanzielle transnationale Mehrwertabschöpfung zu sichern.

Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen in Richtung Ukraine

Gemäss Angaben der Schweizerischen Nationalbank investieren Schweizer Unternehmen seit 1998 in die ukrainische Wirtschaft, mit einer Beteiligung von 77 Millionen Franken. Zeitlich gesehen stiegen

⁹ Daten der Schweizerischen Nationalbank (SNB): https://data.snb.ch/fr/topics/aube/doc/explanations_aube_fdi#defin

¹⁰ Daten der Schweizerischen Nationalbank (SNB): <https://data.snb.ch/fr/topics/aube/cube/fdiaubla>

¹¹ Basierend auf Daten der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) / UNCTADstat / <https://unctadstat.unctad.org/wds/TableViewer/tableView.aspx>

die FDI bis 2009 langsam an. Von diesem Zeitpunkt an nahm der Kapitalfluss in die Ukraine im Vergleich zur vorangegangenen Phase zu und überstieg bis zur Besetzung der Krim durch die russische Armee im Jahr 2014 eine Milliarde Franken. Es folgten zwei Jahre mit einem Einbruch der Investitionen. Seit 2017 nehmen die ausländischen Direktinvestitionen aus der Schweiz jedoch wieder stetig zu und erreichten 2020 3,042 Milliarden Franken.

Setzt man die ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine ins Verhältnis zu den gesamten ausländischen Direktinvestitionen, die von Schweizer Unternehmen getätigt werden, könnte man das Interesse am ukrainischen Markt als fast nicht existent bezeichnen. Tatsächlich machten die ausländischen Direktinvestitionen in dieser Region im Jahr 2020 0,20 % der weltweiten Gesamtinvestitionen aus. Und tatsächlich hat der Schweizer Imperialismus im Laufe der Zeit eine abwartende Haltung gegenüber dem ukrainischen Markt an den Tag gelegt. Es bleibt aber abzuwarten, ob sich diese Linie nach Beendigung des aktuellen Konflikts ändern wird.

Wenn wir nun aber die Analyse verfeinern, ändert sich die Perspektive allerdings ein wenig. Nach der Feststellung, dass die ausländischen Direktinvestitionen von Schweizer Unternehmen einen unbedeutenden Anteil ausmachen, ist die Ukraine dennoch das sechste von elf Ländern des ehemaligen Sowjetblocks und seiner Satelliten¹², was die Schweizer Investitionen in diesem Bereich betrifft. Und laut der Nationalbank der Ukraine ist die Schweiz 2019 das drittgrösste Land für Investitionen in der Ukraine (3,233 Milliarden CHF, 5,96% des Gesamtbetrags). Diese Position wird 2020 (3,268 Milliarden CHF, 6,27% des Gesamtbetrags) und 2021 (3,860 Milliarden CHF, 6,22% des Gesamtbetrags) bestätigt.¹³

Die Investitionen der Schweiz fliessen vor allem in die Ausbeutung von Minen (Rohstoffe), mit 1,475 Milliarden US-Dollar bis Ende 2020, d.h. 52% der Gesamtinvestitionen. An zweiter Stelle steht das verarbeitende Gewerbe mit 788 Millionen US-Dollar (28%), an dritter Stelle der Gross- und Einzelhandel mit 419 Millionen US-Dollar (15%). Der Schweizer Bankenplatz ist in der Ukraine praktisch nicht vertreten. Was die ausländischen Direktinvestitionen in den Bergbau betrifft, so besteht der Verdacht, dass es sich dabei im Wesentlichen um Kapital handelt, das von ukrainischen Unternehmen, die in der Schweiz eröffnet wurden, repatriert wird, um die Position der Schweiz als globale Rohstoffhandelsplattform aufgrund ihrer besonders günstigen rechtlichen und steuerlichen Bedingungen auszunutzen. Die Gewinne (Nettokapitalerträge) aus ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine von Schweizer Unternehmen belaufen sich 2019 auf 466 Millionen Franken und steigen 2020 auf 704 Millionen Franken.¹⁴

Eine wichtige Klarstellung zu den ausländischen Direktinvestitionen aus der Schweiz in der Ukraine

Bei der Analyse der ausländischen Direktinvestitionen aus der Schweiz in die Ukraine darf ein weiterer wichtiger Faktor nicht ausgelassen werden: Ein Teil der "schweizerischen" ausländischen Direktinvestitionen stammt von in der Ukraine ansässigen Unternehmen und Einzelpersonen, ist so genanntes "Rückführungskapital" aus der Verlagerung von Gewinnen aus der Ukraine in die Schweiz, um die lokalen Steuerbehörden in grossem Umfang zu umgehen, hauptsächlich im Rahmen des internationalen Rohstoffhandels (Transithandel). Dies ist eine der Hauptfunktionen für die Etablierung des Schweizer Handelsplatzes im globalen Rohstoffhandel. Diese Dienstleistung des Gewinntransfers wird selbstverständlich allen Ländern der Welt angeboten, nicht nur den in der Ukraine tätigen Unternehmen.

Es ist schwierig, genau Angaben zu machen, aber dieses Rückführungskapital könnte zumindest zwischen 10 und 30% der ausländischen Direktinvestitionen ausmachen, die die Schweiz in Richtung Ukraine verlassen.

Berücksichtigt man diesen wichtigen Faktor, kennzeichnet sich die Position des Schweizer Imperialismus gegenüber der Ukraine durch ein reales Interesse, das sich in einer langjährigen Investitionspolitik manifestiert und im Vergleich zu anderen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern eine gewisse quantitative Bedeutung erfahren hat. Die ausländischen Direktinvestitionen sind im Laufe der Zeit zwar

¹² Wir meinen: Bulgarien, Tschechische Republik, Slowakei, Estland, Ungarn, Litauen, Lettland, Polen, Rumänien, Russland und Ukraine.

¹³ Tabelle "Direktinvestitionen in der Ukraine: Positionen nach Ländern": <https://bank.gov.ua/statistic/sector-external#5>

¹⁴ Datend der Schweizerischen Nationalbank (SNB): <https://data.snb.ch/fr/warehouse/ZAST/cube/ZAST@SNB.IEA.FDIC.3.10.10000>

stetig gewachsen , insgesamt bleibt aber eine gewisse "Zurückhaltung" gegenüber dem Potenzial des ukrainischen Marktes.

Der Schweizer Imperialismus hält den ukrainischen Markt noch nicht für stabil genug, um eine möglichst hohe Rendite für das zu investierende Kapital zu garantieren. Für ein ausgeweitetes Eintreten Schweizer Unternehmen in den ukrainischen Markt fehlt es bisher an den politischen und wirtschaftlichen Garantien, um die sichere und volle Funktionsfähigkeit ausländischer Investitionen zu gewährleisten.

4. Erst liberalisieren, dann in Sicherheit investieren: Die Ziele der Unternehmen und der Schweizerischen Eidgenossenschaft gegenüber der Ukraine

Wie bereits erwähnt, hat der Schweizer Imperialismus ein widersprüchliches Verhältnis zur Ukraine: Einerseits fühlt er sich von ihr angezogen, andererseits zögert er, sich über ein gewisses Mass hinaus zu engagieren. In diesem Sinne wird die abwartende Haltung des Schweizer Imperialismus vom Internationalen Währungsfonds genau erklärt:

"Investitionen werden durch das Fehlen starker und unabhängiger Institutionen gebremst. Obwohl in der Ukraine formale Marktinstitutionen (wie private Eigentumsrechte und der Privatsektor) geschaffen wurden, ist der Staat durch sein Eigentum an einem beträchtlichen Teil der Produktionsmittel ein wichtiger Akteur in der Wirtschaft geblieben. Die Bemühungen um den Schutz der Eigentumsrechte werden durch die Schwäche des Justizsystems untergraben. Und es bestehen weit verbreitete Bedenken, ob die Gerichte in der Lage sind, unabhängig vom Einfluss von Insiderkreisen, politischer Einmischung und der Kontrolle mächtiger Oligarchen über Schlüsselsektoren zu arbeiten. Mangelnder Wettbewerb und Märkte, die häufig vom Staat oder von Oligarchen monopolisiert sind, wirken sich ebenfalls negativ auf Investitionen aus. Die regulierten Märkte generieren nach wie vor eine hohe Konzentration von Renten für mächtige Sonderinteressengruppen und untergraben die Wirksamkeit der ukrainischen Wirtschaftsinstitutionen. Dies hat die Anreize zur Kapitalakkumulation, zur Anziehung ausländischer Investitionen und zur Neuorientierung der Exporte weg von den Rohstoffen stark beeinträchtigt. Die weit verbreitete Korruption, das mangelnde Vertrauen in die Justiz und die Monopolisierung und Kontrolle durch Oligarchen sind die drei Haupthindernisse für Investitionen, die von ausländischen Investoren seit Jahren genannt werden".¹⁵

Die "staatlichen Nachrichtendienste" des Schweizer Imperialismus, aber vor allem auch der Bund, die Botschaften und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), bestätigen die Gründe für dieses ambivalente Verhältnis und teilen offensichtlich die Grundeinschätzung des IWF. *"Die Ukraine ist ein Land mit einem enormen Investitionspotenzial, das jedoch durch verschiedene Ineffizienzen gekennzeichnet ist. Obwohl die Reformen nicht schnell genug durchgeführt wurden, haben sie doch einige wertvolle Vorteile gebracht, indem sie die Geschäftstätigkeit in der Ukraine erleichtert haben. Zum einen wurde das Steuersystem erheblich verbessert, indem es Unternehmen, die ins Ausland exportieren, indem es insbesondere durch die Einführung einer automatischen Mehrwertsteuerrückerstattung leichter gemacht wurde, die Mehrwertsteuer zurückzufordern. Zum anderen wurden die Lohnsummensteuern für Unternehmen gesenkt, indem die Steuer auf die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber von 38 % auf 22 % des Lohns gesenkt wurde, und indem die Einkommensteuer, von zuvor über 20 % auf 18 % des Lohns gesunken ist. Darüber hinaus ist das staatliche System dank der Entwicklung verschiedener Strukturen, die es den Unternehmern ermöglichen, ihre Beschwerden zu äussern und mit der Regierung zu interagieren, nun viel aufgeschlossener gegenüber Beschwerden von Unternehmen",* so die Schweizer Botschaft in der Ukraine in ihrem Bericht vom Juli 2018.¹⁶ In demselben Dokument wurde auch bekräftigt, dass *"es daher kompliziert sein kann, in der Ukraine zu investieren, aber das Potenzial des Landes ist wichtig".¹⁷*

Dieselbe Botschaft teilte drei Jahre später mit, dass *"die meisten Schweizer Unternehmen, die auf dem ukrainischen Markt präsent sind, die Entwicklung ihrer Aktivitäten optimistisch einschätzen und ein grosses Potenzial in diesem Markt sehen".¹⁸* In diesem Sinne schloss die Botschaft ihre Analyse mit der Feststellung ab, dass *"trotz der Tatsache, dass Investitionen auf dem lokalen Markt schwierig bleiben, die Ukraine ein schnell wachsender Markt mit zusätzlichem Wachstumspotenzial für Schweizer Unternehmen ist. Die meisten Unternehmen erwarten ein jährliches Wachstum von 5 bis 15 Prozent in verschiedenen Sektoren. Selbst in der schwierigen Zeit der Pandemie planen einige Unternehmen (wie Allseeds, Acino, Geberit, MSC, Nestlé, Sika, Risoil) neue Investitionsprojekte, Fusionen und*

¹⁵ Anil Ari und Gabor Pula, The Macroeconomic Impact of Structural Reforms in Ukraine, IMF Working Paper, April 2021, S. 5.

¹⁶ Ambassade de Suisse en Ukraine, Rapport Economique sur l'Ukraine : 2017, Kiev, 13.08.2018.

¹⁷ A.a.O., Rapport Economique sur l'Ukraine : 2017, p. 17.

¹⁸ Ambassade de Suisse en Ukraine et en République de Moldavie, Rapport économique annuel de l'Ukraine Kyiv, Kiev, 13.07.2021, p. 3.

Übernahmen. Um ihre marktbeherrschende Stellung zu halten und zu stärken, investierten die Schweizer Unternehmen im Jahr 2020 in die Ausbildung ihrer Arbeitskräfte, die Modernisierung ihrer Verfahren, Produktionslinien und Labors. Für einige Schweizer Unternehmen (Glas Trösch, Vittera, LDC, Nestlé, Acino, Weidmann, Clariant, Geberit, Swiss Knoro, Swisspan) mit grossen lokalen Produktionseinheiten ist die Ukraine nach wie vor ein wichtiger regionaler Produktionsstandort".¹⁹

Das war natürlich die Situation vor den verheerenden Auswirkungen des Einmarsches des russischen Regimes in der Ukraine. Heute ist es schwierig vorherzusagen, wie die Strategie des Schweizer Imperialismus nach dem Ende des russischen Angriffskrieges aussehen wird, unabhängig davon, wer aus diesem Konflikt als Sieger hervorgeht.

Schwerpunktsektoren der ukrainischen Wirtschaft für den Schweizer Kapitalismus

Unter diesen Bedingungen hat die Schweizer Botschaft in ihren Berichten drei Hauptbereiche genannt, in denen Schweizer Kapital investiert werden könnte.

Erstens die Industrie, die durch den Beitrag zahlreicher Ingenieure:innen und Industrieexpert:innen angetrieben wird, die von den zahlreichen Hochschulen des Landes hervorgebracht werden. Mehr als 25 Prozent der Bevölkerung arbeiteten 2018 im Produktionssektor, was für Schweizer Unternehmen ein wichtiges Rekrutierungspotenzial an Fachkräften darstellen könnte. Während die Schwerindustrie mit den Schwerpunkten Automobilbau, Luftfahrt und Schiffbau sowie die Rohstoffgewinnung die wichtigsten Industriezweige stellt, wurden in jüngster Zeit aber auch Anstrengungen unternommen, um die Leichtindustrie, das verarbeitende Gewerbe mit hoher Wertschöpfung, wie Textilien, verarbeitete Rohstoffe und verarbeitete Lebensmittel, zu entwickeln.

Der zweite bevorzugte Sektor für ausländische Investor:innen ist die Landwirtschaft, da 70 % des ukrainischen Territoriums landwirtschaftlich genutzt werden und das Land über 30 % der weltweiten Reserven an Schwarzerde verfügt, die zu den fruchtbarsten Böden der Erde zählt. (...)

Der grösste Teil der derzeitigen landwirtschaftlichen Produktion der Ukraine besteht aus einer vielfältigen Mischung von Getreide und Futterpflanzen, darunter Weizen, Mais, Gerste, Sonnenblumen, Zuckerrüben, Tabak, Hülsenfrüchte sowie Obst und Gemüse. Die Ukraine ist nach wie vor ein führender Produzent von Getreide, insbesondere von Weizen. Die jährliche Weizenernte kann insgesamt 90-100 Millionen Tonnen erreichen.²⁰ Wie wir später sehen werden, wird die Nutzung der Landwirtschaft durch ausländisches Kapital noch immer durch eine Reihe entscheidender Beschränkungen eingeschränkt, von denen die erste darin besteht, dass ausländisches Kapital keinen landwirtschaftlichen Boden erwerben kann.

Der dritte sehr attraktive Sektor ist der der EDV-Dienstleistungen und der Elektronik. Dies sind neue Sektoren, die die ukrainischen Exporte in die Welt allerdings erheblich steigern. Vor allem die IT-Branche gewinnt an Bedeutung, wobei die Entwicklung von Systemen der künstlichen Intelligenz, von Cybersicherheitssystemen und der Nanotechnologie hervorsteicht.

Auch die kommerziellen Dienstleistungen im Zusammenhang mit Blockchain-Netzwerken, FinTech, Big-Data-Management und der Entwicklung elektronischer Spiele werden ausgebaut. Nach Angaben der Schweizer Botschaft *"hat die Ukraine die höchste Anzahl von IT-Fachleuten in Europa und die am schnellsten wachsende Anzahl von IT-Fachleuten. Die Universitäten und Fachhochschulen des Landes nehmen jedes Jahr mehr als 100'000 neue Ingenieure:innen auf.*

In der Ukraine gibt es mehr als 1'000 lokale IT-Dienstleistungsunternehmen, und mehr als 100 grosse internationale Unternehmen haben eine Niederlassung im Lande".²¹ In ihrem jüngsten Bericht stellte Schweizer Botschaft fest, dass "das Wachstum der Exporte von IT-Dienstleistungen weiter anhält (+20,4 %) und im Jahr 2020 5,03 Mrd. US-Dollar erreichen wird. Mit mehr als 205'000 Entwicklern und mehr als 3'000 Technologieunternehmen sei die Ukraine zu einem der vier wichtigsten Länder in Europa im

¹⁹ A.a.O., Rapport économique annuel de l'Ukraine Kyiv, p. 10.

²⁰ A.a.O., Rapport Economique sur l'Ukraine : 2017, p.14.

²¹ Idem.

Bereich IT-Outsourcing geworden. Die Schweiz ist dabei ein wichtiger Abnehmer von ukrainischen IT-Dienstleistungen".²²

Ein vierter Sektor, der in Zukunft neue Investitionen anziehen könnte, ist der Energiesektor, insbesondere die Erzeugung von Wasserkraft und erneuerbarer Energie. Noch heute werden mehr als 50 Prozent des Stroms in Atomkraftwerken erzeugt, deren veraltete Reaktoren renovierungsbedürftig sind. Daneben hat die ukrainische Regierung allerdings Pläne zur Förderung der Diversifizierung und Unabhängigkeit im Elektrizitätsbereich verabschiedet, die darauf abzielen, die Erzeugung von Wasserkraft sowie von Wind- und Sonnenenergie zu fördern. Bereiche, in denen Schweizer Unternehmen über Erfahrung und einen herausragenden Platz in der internationalen Arbeitsteilung verfügen würden.

Vor dem russischen Einmarsch waren zwischen 100 und 130 Investorenfirmen mit Schweizer Anteilen in der Ukraine tätig.²³ Die Informationen in diesem Bereich sind jedoch absolut unzureichend. Nach Angaben der ukrainischen Presse flossen im Jahr 2020 60 Prozent der Schweizer Investitionen in die Industrie und das Produktionssektors.

Somit zeigen bereits die Einschätzungen des Attraktivitätspotenzial des ukrainischen Marktes durch den helvetischen Imperialismus und seiner Verwaltungsdienste selbst, dass die Nutzbarmachung des ukrainischen Marktes schon vor dem russischen Invasionskrieg stark eingeschränkt war.

Um Investitionen zu ermöglichen, müssen zunächst jedoch viele grundlegende Probleme gelöst werden

Den Schweizer Unternehmen stellen sich dabei zwei Hauptprobleme:

Zum einen werden die Hürden für Investitionen, um eine diskontierte (abgezinster Barewert zum Zeitpunkt einer Auszahlung) Profitrate zu realisieren, nur langsam abgebaut. Hier ist vor allem an den Mangel an rechtlichen und politischen Garantien gedacht, die den Schutz des Privateigentums ermöglichen würden und dafür sorgen, würden dass immer mehr Wirtschaftsbereiche uneingeschränkt auf dem privaten Markt zugänglich gemacht werden. Denn dies ist eine entscheidende Voraussetzung für die Erzielung von Gewinnen.

Das zweite grosse Problem ist das politische, soziale und wirtschaftliche Gewicht der ukrainischen Oligarch:innen, die ebenso wie ausländische kapitalistische Investor:innen versuchen, die Quellen ihres privaten Reichtums zu beherrschen und zu behalten. Schlussendlich handelt es sich also um einen konkreten Konflikt zwischen kapitalistischen Interessen, der ausländische Unternehmen eindeutig benachteiligt und verunsichert.

Doch schauen wir nun uns diese Hindernisse, die das Intervenieren der imperialistischen Länder in die Ukraine noch immer einschränken, einmal etwas genauer an.

Die Stricke der "Bodenreform" oder auf welche Weise man den Ansturm des ausländischen Kapitals zulässt

Die Frage des Grundbesitzes verdeutlicht den vollen Umfang der Hindernisse, mit denen sich internationale Investor:innen konfrontiert sehen. Diese Hindernisse betreffen nämlich nicht nur die Schweizer Direktinvestitionen.

Seit Mitte 2021 ist die Bodenreform, die nach dem Ende der Sowjetunion erstmalig unkrainischen Grund für den Bodenmarkt öffnete sollte, durch das *Gesetz über die Übertragung von landwirtschaftlichen Flächen aus staatlichem in kommunales Eigentum* entschärft worden. Zum jetzigen Zeitpunkt

²² A.a.O., Rapport économique annuel de l'Ukraine Kyiv, Kiev, p. 7.

²³ Hier eine unvollständige Liste von Schweizer Unternehmen (oder Unternehmen mit Verbindungen zur Schweiz), die in der Ukraine (zumindest bis zur russischen Invasion) mit Produktionsstätten oder Verkaufsstellen vertreten waren: Alpiq, Allseeds, Acino AG, Axpo, Avia, Belimo, Nestlé, Sika AG, Swiss Risoil SA, GlasTrösch AG, Viterra, LDC, Weidmann, Clariant, Sandoz AG, Syngenta AG, Geberit International AG, Swiss Knoro, Swisspan, Glencore, Sorbes, Swiss Krono, Novartis Pharma AG, ABB, Kuehne+Nagel, F. Hoffman La Roche Axpo, Hilti (Schweiz) AG, Calyx Capital Advisers, Philippe Morris International, Vetropack Holding AG, Designergy, Swissfluid AG, Givaudan Group, Bühler Group, Schindler LLC, Bunge Ltd, Bystronic Laser AG, Aliaxis, Bombardier Transportation, Endress+Hauser, Galika, Interskol, Lukoil, Robatech, Phonak (Sonova), Sierentz Global Merchants, Alfleth Engineering AG, Trafigura, Rehau, SGS, Ferrexpo plc, Proton Energy Group SA, Richemont SA, TBG AG, Mediterranean Shipping Company S. A (MSC), Nibulon, Cargill, Sierentz Global Merchants Sàrl.

wird diese Reform/Privatisierung unter dem Strich allerdings vor allem Oligarch:innen ermöglichen, sich das reichhaltige ukrainische Ackerland anzueignen, was eine private Konzentration begünstigt. Vorerst werden 10 Millionen Hektar (1/6 des gesamten Staatsgebiets) in die Hände von 1'400 lokalen Gemeinschaften (Kommunen) übergehen. Diese können dann selbst entscheiden, ob sie sie verkaufen oder verpachten wollen. Parallel dazu wurde auch das Moratorium (entstanden als Übergangsklausel nach der Dekollektivierung mit Zusammenbruch der Sowjetunion, verbot das Moratorium nach mehrmaliger Verlängerung bis zum 1. Januar 2020 den Verkauf von Grundstück, um Konzentrationen von Privatbesitz in wenigen Händen zu verhindern; Anm. d. Red.) für den Verkauf von Grundstücken aufgehoben. Ab dem 1. Juli 2021 können private Grundstückseigentümer ihr Land nun doch, aber lediglich an ukrainische natürliche Personen verkaufen. Die maximale Grundstücksgröße beträgt hierbei 100 Hektar pro Person.

Ab dem 1. Januar 2024 kann das Eigentumsrecht an landwirtschaftlichen Flächen neben natürlichen Personen zudem auch von juristischen Personen erworben werden, deren Teilnehmer:innen jedoch weiterhin ausschliesslich ukrainische Staatsbürger :innen sein dürfen, wobei die verkaufte Fläche maximal 10'000 Hektar betragen darf.

Der Zugang zum Grundstücksmarkt für ausländische Unternehmen und aBürger:innen auf müsste zunächst noch auf Grundlage eines Referendums genehmigt werden, das vorläufig im Jahr 2026 stattfinden sollt. Doch selbst auf Grundlage einer groben Vorstellung, wie sie uns das besagte Referendum vermuten lässt, ist der Rahmen dieser Privatisierung offensichtlich:

Denn erstens werden die Modalitäten der Bodenreform nicht der ukrainischen Gemeinbevölkerung zugutekommen. Vielmehr soll so die Konzentration des Grundbesitzes in den Händen ukrainischer Konzerne gefördert werden, die weitgehend von Oligarch:innen kontrolliert werden. Und erst sobald dieser Prozess etabliert oder konsolidiert ist, würde es möglich sein, im Rahmen des für voraussichtlich 2026 angesetzten Referendums auch den Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen an ausländisches Kapital zu prüfen.

Diese Option wäre für künftige ukrainische Grossgrundbesitzer:inne, die mit dem Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen an ausländische Unternehmen erhebliche Gewinne erzielen könnten, natürlich attraktiv. Anders ausgedrückt: Die ukrainischen Oligarch:innen und Konzerne erhalten mit dieser Reform die volle Kontrolle über die Privatisierung von Agrarland. Eine Situation, die ausländische kapitalistische Unternehmen nicht befriedigen kann, da ihnen die direkte Kontrolle über das Land verwehrt wird und sie weiterhin in die Rolle eines blossen Pächters gedrängt würden, mit dem Risiko, dass ihre Kosten sogar steigen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat durch die Erpressung von Finanzkrediten erheblichen "Druck" ausgeübt, um diese Situation zu entschärfen, indem er umfassende Reformen zur Öffnung des Grundbesitzes für privates und ausländisches Kapital einleitete.²⁴ Die bisherigen Versuche scheiterten jedoch teilweise am heterogenen Widerstand der Oligarch:innen, der landwirtschaftlichen Verbände und der einzelnen, zahlreichen unabhängigen Landwirt:innen. Der Zusammenstoss (zwischen den ukrainischen Oligarch:innen und den westlichen Kapitalist:innen) ist also wahrscheinlich nur verschoben worden. Durch den Krieg und vor allem durch die Erfordernisse des Wiederaufbaus der Ukraine dürfte sich das Kräfteverhältnis stark zugunsten des ausländischen Kapitals verschieben, dessen Interessen von Institutionen wie dem IWF wahrgenommen werden. Mit einem zerstörten Land können die imperialistischen Institutionen leichter eine vollständige Privatisierung und Liberalisierung dieses strategischen Sektors durchsetzen, d.h. eine bedingungslose Öffnung des landwirtschaftlichen Bodens für das internationale Kapital.

Eines ist sicher: In dieser strategischen Frage wird es zu einem erbitterten Kampf zwischen imperialistischen Interessen und lokalen oligarchischen kapitalistischen Interessen kommen.

²⁴ Nach Ansicht des IWF würde die Aufhebung der Beschränkungen sowohl für ukrainische Bürger als auch für Ausländer, die Teil des vollständigen Reformszenarios ist, das BIP über einen Zeitraum von 10 Jahren um 12,6 % erhöhen. Dies gibt indirekt Aufschluss über die Höhe der Gewinne, die auf dem Spiel stehen. A.a.O., The Macroeconomic Impact of Structural Reforms in Ukraine, S. 13.

Die "notwendige", aber komplizierte Privatisierung strategisch wichtiger Staatssektoren

Kapitalistische Unternehmen fordern eine gründliche Reform der staatlichen Schlüsselunternehmen und die vollständige Privatisierung der nicht strategisch weniger wichtigen Unternehmen. Eine Schlacht, die auch der IWF ausficht.

Was die ersteren Unternehmen betrifft, so fordert der IWF eine tiefgreifende Umstrukturierung nach den Grundsätzen von Marktunternehmen, um die Belastung der Staatsfinanzen zu verringern und die Unternehmen effizienter und attraktiver für ausländische Investitionen zu machen. Für letztere geht es dem IWF schlicht und einfach darum, ausländischem Kapital neue Absatzmöglichkeiten zu bieten. Derzeit haben die ukrainischen Behörden mehrere Privatisierungsprojekte in die Wege geleitet, die jedoch aufgrund bürokratischer Hindernisse und rechtlicher Probleme noch nicht verwirklicht werden konnten, was verschiedene internationale Investor:innen abschreckte. Die IWF-Projekte drohen also zu scheitern: Wenn sich die ukrainische Regierung auf die Privatisierung "beschränkt", ohne aber zuvor eine tiefgreifende Umstrukturierung der entsprechenden Industrien und Dienstleistungen vorzunehmen, wäre es möglich, dass viele ausländische Investor:innen es vorziehen werden, von Investitionen in den Erwerb von Teilen des öffentlichen Vermögens abzusehen. So wäre es "mangels Interesse ausländischer Investor:innen an den zu privatisierenden Unternehmen sehr wahrscheinlich, dass diese von mächtigen ukrainischen Oligarch:innen aufgekauft würden und dass die Privatisierung nur dazu diene (...), deren Einflusskreise zu stärken".²⁵

Doch auch trotz dieser Probleme hat sich der Privatisierungsprozess unter der Regierung Selenskyj beschleunigt: "Auf dem WEF im Januar 2020 stellte Präsident Selenskyj den Plan der Regierung vor, im selben Jahr 500 staatliche Unternehmen zu verkaufen. Kleine Unternehmen sollten über das elektronische Beschaffungssystem ProZorro für öffentliche Märkte und grosse Unternehmen mit einem Wert von mehr als 10 Mio. US-Dollar über einen offenen Wettbewerb verkauft werden. Darüber hinaus förderte Präsident Selenskyj Investitionen durch Steuererleichterungen, d.h. eine fünfjährige Steuerbefreiung für Investitionen von mehr als 10 Mio. US-Dollar in gross angelegte Privatisierungsprojekte, und durch das System der "Investment Nanny", d.h. die Zusammenarbeit mit einem vom ukrainischen Staat gestellte:n Manager:in für Ausländer:innen, die mehr als 30 Mio. US-Dollar an Kapital in der Ukraine investieren".²⁶

In diesem Sinne hat das "Schweizer" (insofern es 2001 in Genf gegründet wurde) Unternehmen Risoil SA am 20. Januar 2020 den Zuschlag für die 30-jährige Konzession des staatlichen Handelshafens von Cherson erhalten.²⁷ Dies, mit der Verpflichtung, jährlich mindestens 12 Mio. Ukrainische Hrywnja (ca. 400,00 CHF!) und 7% der jährlich erwirtschafteten Nettoeinnahmen zu zahlen. Es handelt sich um eine der wichtigsten Konzessionsprivatisierungen eines ukrainischen Staatsvermögens, was den Willen der ukrainischen Regierung beweist, diesen Weg der Privatisierung trotz der noch immer bestehenden erheblichen internen Hindernisse, zu denen auch die Pandemiekrise gehört, weiterzugehen.

Offensichtlich reichen diese Versuche den internationalen imperialistischen Institutionen und den grossen ausländischen Konzernen jedoch keineswegs aus. So schrieb die Schweizer Botschaft in Kiew, dass "die staatlichen Unternehmen, die Steuer- und Zolldienste und der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) noch privatisiert/reformiert werden müssen. Im Jahr 2020 fand keine Privatisierung im grossen Stil statt, da der Prozess aufgrund von restriktiven Massnahmen infolge der Pandemie ausgesetzt wurde. Im April 2021 unterzeichnete der ukrainische Präsident [Selenskyj] aber ein Gesetz zur Wiederaufnahme dieses Prozesses, mit dem Ziel, im Laufe des Jahres staatliche Unternehmen für 430 Millionen US-Dollar zu verkaufen".²⁸

Und in der Phase nach dem russischen Angriffskrieg wird dieser Privatisierungsprozesses wieder energisch wiederbelebt werden, indem man sich die Erfordernisse des Wiederaufbaus des Landes zu Nutzen macht, dessen Finanzierung eindeutig von ultra-neoliberalen Institutionen wie dem IWF, der Weltbank (WB) und der Europäischen Union verwaltet werden wird. Institutionen, die den Kapitalbedarf

²⁵ A.a.O., Rapport Economique sur l'Ukraine : 2017, p. 8.

²⁶ A.a.O., Rapport Economique sur l'Ukraine : 2017, p. 9.

²⁷ Im Firmenkonsortium mit Petro Oil and Chemicals (georgischer Industriekonzern).

²⁸ A.a.O., Rapport économique annuel de l'Ukraine Kyiv, p. 2.

der Ukraine nutzen werden, um auch an dieser Front wichtige und entscheidende Zugeständnisse zu erreichen.

Ausländisches Kapital schützen: Stabilität des Privatrechts und Korruptionsbekämpfung

Ein weiteres grosses Hindernis auf dem Weg zu einer kapitalistischen und liberalistischen Normalisierung der Ukraine ist eine Kombination von Faktoren. Diese hängen mit der Anfälligkeit des rechtlich-administrativen Systems, das als Garant für fruchtbare Investitionen internationaler imperialistischer Unternehmen dienen sollte, zusammen. Zudem hängen sie auch mit der Korruption in der öffentlichen Verwaltung zusammen sowie mit dem Vorhandensein eines festen Blocks ukrainischer Oligarch:innen, die diese Faktoren nutzen, um den Vormarsch ausländischer Unternehmen im Kampf um die Kontrolle der profitabelsten Bereiche der ukrainischen Wirtschaft zu behindern.

Der IWF schreibt in diesem Zusammenhang, dass *"obwohl die Kausalität nicht erwiesen ist, das Rechtssystem eher die Regulierung der Produktmärkte, die finanzielle Tiefe und den Handel beeinflusst als umgekehrt. Der Abbau von Monopolen und die Öffnung der Märkte erfordern beispielsweise eine unabhängige Justiz und sichere Eigentumsrechte, damit sich ausländische und einheimische Investoren bei ihren Investitionen sicher fühlen können"*.²⁹

Claude Wild, der Schweizer Botschafter in der Ukraine, brachte dieses Hindernis klar auf den Punkt: *"Es gibt zwei Kategorien von Problemen. Die Probleme der bereits in der Ukraine tätigen Unternehmen und die Wahrnehmung der Ukraine durch potenzielle Schweizer Investor:innen, die in die ukrainische Wirtschaft investieren möchten. Was den ersten Block betrifft, so möchte ich drei Hauptprobleme hervorheben:*

die Situation der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine, die reformbedürftig ist; den Missbrauch bürokratischer Instrumente, der sich im Bereich der Besteuerung und des Steuerwesens manifestiert (die Steuervorschriften tragen nicht dazu bei, ein stabiles Wirtschaftswachstum und den Zufluss von Investitionen zu gewährleisten); und das Problem des Fehlens gleicher Spielregeln für die verschiedenen Marktteilnehmer (das Vorhandensein oligarchischer Strukturen in bestimmten Wirtschaftssektoren hindert ausländische Investor:innen daran, Geld zu investieren und Geschäfte in der Ukraine zu entwickeln)".³⁰

Diese Probleme bilden einen zusammenhängenden Komplex, wobei sich das eine Problem oft aus dem Vorhandensein des anderen speist. So erleichtert die grosse Zahl bürokratischer Verfahren die Entstehung von Korruptionsvorgängen, im Rahmen welcher unrechtmässige persönliche Vorteile erreicht werden oder Verfahren, die für die Tätigkeit von Unternehmen auf ukrainischem Staatsgebiet erforderlich sind, an Bestechung geknüpft werden.

Die Korruptionsbekämpfung wird aber ebenso sehr auch durch die juristische Ahndung von bürokratischen Missbräuchen, die sich auf ein anfälliges Justizsystem stützt und korrumpierbar ist, selbst gebremst; durch ein Justizsystem, das Gesetze anwendet, die noch nicht die Instrumente zum Schutz der privaten Interessen ausländischer Unternehmen bieten. Dadurch können die Oligarch:innen natürlich ihre eigenen materiellen Interessen wirkungsvoller verteidigen.

Laut Botschafter Wild hat ein Schweizer Unternehmen, *"das seit mehreren Jahren in der Ukraine präsent ist, viel investiert (...) und möchte weitere Investitionen tätigen, um seine Infrastruktur zu verbessern und seine Gewinne zu steigern. Das Unternehmen erhielt die Genehmigung der Behörden, doch irgendwann wurde die Investition aufgrund des informellen Drucks seines ukrainischen Konkurrenten, der einen stärkeren Einfluss auf die lokalen Behörden hat, blockiert. Dies hatte zur Folge, dass Investitionen in Höhe von mehreren zehn Millionen US-Dollar, die seit mehr als vier Jahren geplant sind, blockiert werden"*.³¹

Trotz der grossen Anstrengungen, die in den letzten Jahren zur Bekämpfung der Korruption unternommen wurden, ist die Korruption noch lange nicht besiegt. Laut dem 2021 von Transparency International veröffentlichten Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) lag die Ukraine bei der

²⁹ A.a.O., The Macroeconomic Impact of Structural Reforms in Ukraine, p. 10.

³⁰ Interview, online abrufbar auf: <https://mind.ua/publications/20223201-posol-shvejcariji-ukrayinu-sprijamayut-yak-poednannya-troh-ponyat-korupciya-chornobil-konflikt> (11.03.2021).

³¹ Interview, online abrufbar auf: <https://mind.ua/publications/20223201-posol-shvejcariji-ukrayinu-sprijamayut-yak-poednannya-troh-ponyat-korupciya-chornobil-konflikt> (11.03.2021).

Korruptionsbekämpfung auf Platz 122 von 180 Ländern, mit einem Index von 32, wobei 0 für hochgradig korrupt und 100 für hochgradig nicht korrupt steht. Laut dem Globalen Korruptionsbarometer 2021 dieser Organisation hätten 23 % der ukrainischen Nutzer:innen öffentlicher Dienstleistungen in den letzten 12 Monaten Schmiergelder gezahlt.

Für die Schweizer Botschaft in der Ukraine bleibt *"die Verwaltung nach wie vor korrupt (...) und das Steuersystem bleibt ineffektiv, was zu einer schlechten Umverteilung und der Gefahr des Missbrauchs durch die Behörden führt. Das gesamte System bedarf einer Bereinigung und einer Systematisierung des Besteuerungsverfahrens, um die Situation auf institutioneller, administrativer und wirtschaftlicher Ebene sowie auf der Ebene der Definition und der Anzahl der Steuern zu klären"*.³² Dieselbe Botschaft schloss mit der Feststellung, dass *"die Verwirklichung des institutionellen Rahmens, der es ermöglichen würde, die Korruption zu bekämpfen und das Vertrauen in die Justiz zu stärken, zwar im Gange sei, sich aber noch nicht in starken und unabhängigen Justizorganen niedergeschlagen hat, was sich wiederum positiv auf das Vertrauen der Öffentlichkeit und der Wirtschaft auswirken würde"*.³³ Nach den vom IWF entwickelten Szenarien würde eine *"Verringerung der Korruption auf den EU-Durchschnitt das Pro-Kopf-BIP bis 2040 auf über 50 % des EU-Niveaus (von heute 20 %) anheben"*.³⁴

Priortäre Unterstützung für die "neoliberalen Reformen:innen" der Regierung Selenskyj

Erschwert wird die Situation für Schweizer:innen und ausländische Investor:innen durch die innenpolitische Frage der Ukraine einerseits und die Politik der Destabilisierung durch den russischen Staat, die im jüngsten Aggressionskrieg Russlands gipfelte, andererseits.

Für die institutionellen Vertreter:innen des Schweizer Imperialismus sind die oben beschriebenen Hindernisse auch das Ergebnis eines politischen Konflikts zwischen den sogenannten "Reformist:innen" – ukrainischen Verbündeten der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder – und den sogenannten "Konservativen", die von einer Interessengruppe vertreten werden, die sich aus den bürokratischen Staatsapparatschiks und den Gruppen mächtiger privater Oligarch:innen zusammensetzt.

Oder anders ausgedrückt: Das Fehlen einer politischen Formation, die in der Lage ist, neoliberale Gegenreformen konsequent und nachhaltig durchzuführen, stellt ein grosses Problem für das ausländische Kapital dar.

Darüber hinaus hat auch die Pandemie die politische Situation verschärft. Der Aufstieg von Volodymyr Selenskyj bedeutete für das ausländische Kapital zunächst die Hoffnung, dass die Ukraine endlich den Weg einer neoliberalen Politik einschlagen könnte. Die ersten Anzeichen deuteten ganz in diese Richtung. Im Jahr 2019 bestand Selenskyjs neue Regierung aus neuen, jungen und offen reformorientierten Persönlichkeiten, die mit den vorherigen Regierungen der Oligarch:innen brachen. Dieser Umschwung war jedoch nur von kurzer Dauer:

"Aufgrund der Regierungsumbildung im März 2020, bei der fast alle Minister:innen durch solche ersetzt wurden, die Verbindungen zu den vorherigen Behörden und den grossen Oligarchien hatten, kehrten die politische Instabilität und der Pessimismus zurück, was sich negativ auf das Investitionsklima auswirkte."

Weitere chaotische und kontroverse Regierungsumbildungen folgten bis Juli 2020. Anstelle von Technokrat:innen und Reformen:innen wurden erfahrene und politisch loyale Persönlichkeiten mit einer oft zweifelhaften Vergangenheit in das Präsidialstab berufen. Der Einfluss von Sonderinteressen auf die Regierung hat zugenommen."

³² A.a.O., Rapport Economique sur l'Ukraine : 2017, p. 8.

³³ A.a.O., Rapport Economique sur l'Ukraine : 2017, S. 7. Im Jahr 2021 wies die Botschaft erneut darauf hin, dass *"der Prozess der Strukturformen, obwohl er bereits vor mehreren Jahren eingeleitet wurde, auf starken Widerstand stösst (Sonderinteressen, Oligarchien, sowjetisches Erbe und Mangel an Erfahrung und Mitteln). Während die Reformen manchmal rasch verabschiedet werden, werden die Durchführungsdekrete oft bis zu den griechischen Kalendertagen verschoben. Die Schwäche der Rechtsstaatlichkeit und der Institutionen, die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz und die Geissel der Korruption sind ebenfalls Bremsen für die Investitionen und das Wirtschaftswachstum des Landes. Der offene Krieg im Osten und die Besetzung der Krim erschweren die Situation und liefern den Befürworter:innen des Status quo nützliche Vorwände."*, In: Rapport économique annuel de l'Ukraine Kyiv, S. 1-2.

³⁴ A.a.O., Rapport Economique sur l'Ukraine : 2017, p. 6.

Der Rückgang der öffentlichen Unterstützung für den Präsidenten und seine Partei wurde bei den Kommunalwahlen im Oktober 2020 deutlich, bei denen die Partei [Sluha narodu (Diener des Volkes); Anm. d. Red.] ein negatives Ergebnis erzielte.

Die Covid-19-Krise zwang Selenskyj, die Oligarch:innen offen um Hilfe zu bitten. Dieses Manöver ging aber mit dem Einflussverlust der prowestlichen Reformer:innen und zunehmenden Angriffen auf die erfolgreichen Reformen der Poroschenko-Ära einher, was das Engagement der Selenskyj-Regierung für Reformen fraglich wirken lässt. Die Covid-19-Krise hatte die nationale Agenda nämlich radikal von Reformen auf Strategien zur wirtschaftlichen Stabilisierung umgestellt".³⁵

Übersetzt bedeutet dies, dass die ukrainische Regierung enorme Finanzmittel mobilisieren musste, um auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Pandemie und ihrer Konsenskrise zu reagieren, was die Möglichkeit einer Beschleunigung der Privatisierungsprozesse und einer umfassenden Umstrukturierung der öffentlichen Ausgaben (Kürzungen) sowie selektiver Investitionen, die von ausländischen Unternehmen beantragt wurden, trotz der Drohungen der internationalen Finanzinstitutionen, die ihre "Finanzhilfe"-Pläne rasch aussetzten, einschränkte. Für die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ist diese politische Instabilität, die zu einem erheblichen Abrutschen auf einen Weg der Konterreformen gegen den neoliberalen Kurs führt, ein wichtiger Faktor für die Blockierung und Verlangsamung von Investitionen in der Ukraine.

Die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder und denen eines Schwellenlandes wie der Ukraine

Zusammenfassend ist es vielleicht sinnvoll, ein letztes Hindernis zu analysieren, das die Möglichkeit verstärkter Investitionen der imperialistischen Länder in der Ukraine beeinträchtigt. In diesem Fall ist das Hindernis der Widerspruch auf der Ebene des Akkumulationsprozesses, d.h. zwischen der daraus resultierenden Mehrwertverwertung, die die Tätigkeit ausländischer kapitalistischer Unternehmen antreibt, und zwischen der strukturellen Schwäche der wirtschaftlichen Entwicklung sowie den spezifischen Bedürfnissen der Ukraine.

Im Grunde genommen stehen sich widersprüchliche Bedürfnisse gegenüber, die durch die unterschiedliche Entwicklung der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder und eines Schwellenlandes bedingt sind. Zur Veranschaulichung dieses Problems seien hier zwei wichtige Beispiele angeführt:

Einer der Gründe für die Entscheidung ausländischer kapitalistischer Unternehmen, auf dem ukrainischen Markt zu investieren, ist die Möglichkeit, auf ein riesiges Reservoir an sehr billigen Arbeitskräften zurückgreifen zu können. Auf europäischer Ebene, einschliesslich der Länder Ost- und Ostmitteleuropas, nimmt die Ukraine den vorletzten Platz in der Rangliste der durchschnittlichen Monatslöhne ein, die im Januar 2022 bei 455 EUR lagen, dicht gefolgt von Georgien mit 362 EUR. Zum Vergleich: Das durchschnittliche Monatsgehalt in der Ukraine war 4,5 Mal niedriger als das in Polen, 3,5 Mal niedriger als das in Estland und 2,5 Mal niedriger als das in Ungarn. Nicht zuletzt ist dieses Szenario natürlich auch deswegen ein attraktiver Faktor für ausländische Investor:innen, da die ukrainischen Arbeitskräfte nichts desto trotz recht gut ausgebildet sind, sicherlich auf einem höheren Niveau als in anderen Schwellenländern.

Die Schweizer Botschaft in der Ukraine berichtete jedoch bereits 2018, dass "*nach Angaben von Schweizer Unternehmen einige von ihnen aufgrund der Anziehungskraft des internationalen Arbeitsmarktes bereits Schwierigkeiten haben, qualifizierte Arbeitskräfte zu halten/zu finden*".^[36] Wenn wir über Migrationsprozesse sprechen, sollte jedoch betont werden, dass die Ukraine auch unter einem strukturellen demografischen Problem leidet: "*Wie viele andere osteuropäische Länder hat auch die Ukraine einen Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen. Seit 1990 betrug das Bevölkerungswachstum im Durchschnitt -0,5 % pro Jahr, was den zehntschleunigsten Rückgang in der Welt darstellt*".³⁶ Darüber hinaus "*wird die ukrainische Erwerbsbevölkerung nach den jüngsten Aktualisierungen der IAO [Internationale Arbeitsorganisation] im Zeitraum 2018-2030 voraussichtlich um 1,2 % pro Jahr schrumpfen*".³⁷

³⁵ A.a.O., Rapport économique annuel de l'Ukraine Kyiv, pp. 3-4.

³⁶ A.a.O., Rapport Economique sur l'Ukraine : 2017, p. 4.

³⁷ A.a.O., The Macroeconomic Impact of Structural Reforms in Ukraine, p. 4.

Die zunehmende Auswanderung ist in erster Linie auf die niedrigen Löhne und die wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen. Ein Phänomen, das vor allem die spezialisierten Sektoren der ukrainischen Arbeitnehmer betrifft, die in Länder mit höheren Löhnen und besseren Lebensbedingungen gedrängt werden. Das Phänomen ist so gewichtig, dass die Überweisungen ukrainischer Emigranten im Jahr 2017 9,3 Milliarden US-Dollar erreichten, was weitaus mehr ist als die gesamten ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass dieses Phänomen nachlässt.

In ihrem Bericht aus dem Jahr 2021 schreibt die Schweizer Botschaft, dass *"qualifizierte Fachkräfte, darunter viele junge Menschen, sowie Saisonarbeiter:innen das Land weiterhin in grosser Zahl verlassen, was für die in der Ukraine ansässigen lokalen und ausländischen Unternehmen zu einem ernststen Problem geworden ist. Expert:innen schätzen, dass sich bereits 3 Millionen Ukrainer im Ausland befinden. Niederlassungen von Schweizer Unternehmen in verschiedenen Regionen der Ukraine haben die Botschaft bereits über ihre Schwierigkeiten informiert, ausgebildete und motivierte Arbeitskräfte zu finden. (...) Überweisungen aus dem Ausland sind eine wichtige Einnahmequelle für die Ukraine: Die Zahlungen erreichten im Jahr 2020 11,9 Mrd. US-Dollar (12 Mrd. US-Dollar im Jahr 2019), d. h. rund 8 % des BIP. Mit dieser Zahl gehört das Land zu den grössten Empfängern privater Überweisungen in Europa. Nach Angaben der ukrainischen Nationalbank stammt das Geld vor allem aus Polen (37,5 Prozent), den USA (10,3 Prozent), dem Vereinigten Königreich (8,5 Prozent) und Russland (8,5 Prozent)".*³⁸

Es ist absehbar, dass sich dieses Phänomen aufgrund der verheerenden Auswirkungen des Krieges noch erheblich beschleunigen werden wird. Hinzukommt, dass einige der Hunderttausenden von Geflüchteten wahrscheinlich nicht in die Ukraine zurückkehren oder als Saisonarbeitskräfte im Ausland bleiben werden.

Denn obwohl die durchschnittlichen Monatslöhne in der Ukraine in den letzten Jahren etwas gestiegen sind, zwingt ihr Niveau die ukrainischen Arbeitnehmer:innen letztlich zu einem Lebensstandard, der von Entbehrungen und Armut geprägt ist und einen Prozess der Massenauswanderung auslöst. Auf der einen Seite stellen die sehr niedrigen Löhne, die an Arbeitskräfte mit mittlerer bis hoher beruflicher und technischer Ausbildung gezahlt werden, einen Anreiz für Investor:innen dar, die von der Möglichkeit hoher Mehrwertraten angezogen werden. Auf der anderen Seite werden diese selben Standortvorteile wieder dadurch verringert, dass die niedrigen Löhne immer mehr Arbeitskräfte zur Auswanderung zwingen, um in den Genuss besserer Lohnbedingungen zu kommen, wodurch das Arbeitskräftereservoir, aus dem die westlichen Investor:innen schöpfen wollen, stark reduziert wird, was eine Aufwärtsdynamik des Lohnniveaus verursachen kann.

Dieser Widerspruch hat sich auf dem ukrainischen Markt vor der Invasion Russlands deutlich gezeigt, da die ausländischen kapitalistischen Unternehmen über den Mangel an Arbeitskräften und den daraus resultierenden Preisanstieg der Arbeitskraft besorgt waren.

Aber auch wenn es sich bei den genannten Hindernissen um einige handelt, die die Unternehmen der imperialistischen Länder, darunter auch die Schweizerischen, bisher davon abgehalten haben, den ukrainischen Markt entschlossener und aggressiver zu erobern, bedeutet dies indes nicht, dass die imperialistischen Länder gar nicht gehandelt hätten bzw. nicht weiterhin handeln würden, um diese Hindernisse zu beseitigen und die besten Bedingungen für die Verwertung ihrer Investitionen zu schaffen.

³⁸ A.a.O., The Macroeconomic Impact of Structural Reforms in Ukraine, p. 5.

5. Entwicklungshilfepolitik: eine Unterstützung der Interessen der imperialistischen Länder

Um ihre spezifischen Interessen bestmöglich durchzusetzen, können sich die imperialistischen Länder auf ein Netz von Finanzinstitutionen stützen – Internationaler Währungsfonds (IWF), Weltbank (WB), Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Europäische Investitionsbank (EIB) usw. – und politischen Institutionen – die Europäische Union, die OECD, die Welthandelsorganisation (WTO) usw. Die Massnahmen dieser Institutionen werden durch bilaterale Entwicklungshilfepolitiken flankiert, d. h. durch Massnahmen, die von den einzelnen Ländern individuell entwickelt werden.

Die grossen Finanzinstitutionen der Welt und oft auch einzelne Länder zwingen die Interessen der imperialistischen Unternehmen den Entwicklungsländern auf, indem sie ihre Kredite an Bedingungen knüpfen. Man könnte auch von Erpressung der Länder sprechen, die durch ihre Stellung in der internationalen Arbeitsteilung geschwächt sind.

Mit anderen Worten, Kredite – die natürlich nicht kostenlos sind – werden unter der Bedingung gewährt, dass die antragstellenden Länder sklavisch die von den imperialistischen Ländern auferlegte neoliberalen Massnahmen anwenden. So soll der "kapitalistische Aufschwung" begünstigt werden, d.h. die Öffnung der Entwicklungsländer für den Wettbewerb, der von den fortgeschrittenen kapitalistischen Systemen und ihren Unternehmen auf der Suche nach maximalem Profit praktiziert wird.

Wenn ein Entwicklungsland auf Widerwillen in der eigenen Bevölkerung stösst und das "neoliberale Heilmittel" nicht anwendet, setzen die internationalen Finanzinstitutionen kurzerhand die Auszahlung neuer Kredite aus und warten darauf, dass das von dieser "Hilfe" abhängige Land ökonomisch so in die Ecke gedrängt ist, dass es die soziale und politische Opposition in der Bevölkerung von selbst ausstösst und die giftigen neoliberalen Massnahmen Millionen von Arbeitnehmer:innen aufzwingen.

Kurzer Überblick über die Abhängigkeit der Ukraine von Krediten der neoliberalen internationalen Finanzinstitutionen

Gleich nach dem Eintritt in das kapitalistische System im Jahr 1992 machte auch die Ukraine seine ersten Kredit-Schulden in Höhe von 457 Millionen US-Dollar. Nach diesem ersten Betrag nahm die Abhängigkeit von Krediten weiter zu. Der entscheidende Durchbruch (für die internationalen Finanzinstitute) gelang 2006, als der Schuldbetrag von 20 Milliarden im Jahr 2005 auf 36 Milliarden US-Dollar anstieg. Ab diesem Zeitpunkt geriet die Ukraine in eine finanzielle "Abhängigkeit" von den internationalen Institutionen und Privatpersonen, die sich bis Ende 2020 auf 93 Milliarden US-Dollar belief.

Davon sind 51,5 Milliarden US-Dollar Darlehen (in Form von langfristigen Anleihen), die bei privaten Gläubigern aufgenommen wurden und nicht von einer öffentlichen Einrichtung garantiert werden. Zu den privaten Gläubigern des ukrainischen Staates dürften nach unseren Erkenntnissen keine Schweizer Banken gehören. Diese haben sich im Allgemeinen vom ukrainischen Markt ferngehalten, weil sie «*die Ukraine für ein risikoreiches Land halten und daher bei der Kreditvergabe in diesem Zusammenhang zurückhaltend sind*»³⁹. Ende 2020 entsprach die gesamte Auslandsverschuldung 11,20% des ausgewiesenen Bruttonationaleinkommens der Ukraine, während sich der kurzfristige Schuldendienst auf 33,03% der Exporte von Waren, Dienstleistungen und Primäreinkommen belief.

Auch die Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds sind noch sehr jung. Das erste Darlehen stammt aus 1994. Ende 2020 belief sich das Engagement dieser Institution in der Ukraine auf 12,824 Milliarden US-Dollar. Was andere Finanzinstitutionen betrifft, so schuldet die Ukraine der Weltbank (WB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) mehr als 8 Milliarden. Seit der Invasion Russlands haben sich die Verpflichtungen der Ukraine gegenüber diesen Institutionen weiter erhöht, da der IWF und die Weltbank zusätzliche Kredite in Höhe von 5 Milliarden US-Dollar sowie weitere Notkredite von anderen Institutionen gewährt haben. Nicht mitgezählt sind darin von einzelnen Ländern gewährte bilaterale Darlehen.

³⁹ Op. Cit., Rapport Economique sur l'Ukraine: 2017, S. 7.

Ein IWF- oder WB-Darlehen ist nicht nur mit der späteren Rückzahlung und Zinszahlung verbunden. Man muss auch und vor allem die neoliberalen politisch-ökonomischen Zwänge berücksichtigen, die das Schuldnerland anwenden muss, um das Eindringen und die Eroberung des betreffenden Marktes durch fortgeschrittene kapitalistische Unternehmen zu erleichtern. Ein Scheitern oder eine Verzögerung bei der Umsetzung der neoliberalen Gegenreformen führt zur Aussetzung der Kredite. Der IWF und die Weltbank entscheiden nämlich über einen allgemeinen Kredit, der tatsächlich scheinbar gewährt wird.

Im März 2015 beschloss der IWF einen Kredit in Höhe von 17,5 Milliarden US-Dollar für die Ukraine, der sich über einen Zeitraum von vier Jahren erstreckt und einer typisch neoliberalen Gegenreformagenda unterworfen ist: Liberalisierung des Aussenhandels, Liberalisierung der Gaspreise (d.h. Erhöhung), Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen an ausländische Privatinvestoren, Abbau verschiedener Formen von Sozialsubventionen, Privatisierung von Staatsbetrieben und deren Monopolen, Sparpolitik, Anhebung des Renteneintrittsalters von Frauen, Erleichterung von Entlassungen sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor usw.

Im April 2017 beschloss der IWF die Auszahlung von 1 Milliarden US-Dollar, um *«eine transparente Reform und Privatisierung staatlicher Unternehmen, eine Landreform zur Aufhebung des Moratoriums für Landverkäufe, eine umfassende Rentenreform, einschliesslich der Anhebung des tatsächlichen Renteneintrittsalters, um die Nachhaltigkeit des ukrainischen Rentensystems und die Fähigkeit zur Bereitstellung angemessener Renten im Laufe der Zeit zu gewährleisten, sowie beschleunigte Anstrengungen zur Bekämpfung der Korruption»* zu fördern.⁴⁰

Im Mai 2017 beschloss der IWF jedoch eine Aussetzung der weiteren Auszahlungen (die für Mai, August und November 2017 vorgesehen waren), da die ukrainische Regierung die vom Finanzarm der imperialistischen Länder gewünschten Gegenreformen *«nur langsam»* umsetze. Erst im Dezember 2018 wird der IWF eine neue Tranche von 1 Milliarden US-Dollar auszahlen, nachdem er von der Regierung Garantien für die Wiedereinführung von Gegenreformen erhalten hat. Im Jahr 2020 beschloss der IWF, die Auszahlung von weiteren 500 Millionen US-Dollar "einzufrieren" (die später im November 2021 ausgezahlt wurden), da die Reform der ukrainischen Nationalbank, die sie unabhängiger von der Politik machen sollte, und einige Massnahmen zur Korruptionsbekämpfung nur mühsam umgesetzt wurden.

Bagatellkredite aus der Schweiz und weiterhin im Einklang mit der Politik des IWF

Neben dieser altbekannten Politik der neoliberalen internationalen Finanzinstitutionen ist es interessant, einen Blick auf die bilaterale Politik der Schweiz gegenüber der Ukraine zu werfen.

Schauen wir uns die Fakten konkret an: Im Jahr 2015 aktivierte die Bundesregierung die Schweizerische Nationalbank, um über die ukrainische Nationalbank einen "Währungshilfekredit" an die Ukraine zu vergeben. Der Darlehensvertrag sah einen Höchstbetrag von 200 Millionen US-Dollar vor. Die pünktliche Rückzahlung des Darlehens und die Zahlung der Zinsen wurden von der Bundesregierung auf der Grundlage des Bundesgesetzes über internationale Währungshilfe garantiert. Die Gewährung dieses bilateralen Kredits war Teil eines international koordinierten Aktionsplans und war an das IWF-Programm 2015 gebunden. Die letztgenannte Bedingung wurde von Bundesrat Ueli Maurer bestätigt: *«Der Bund garantiert der Nationalbank die fristgerechte Rückzahlung und Verzinsung des Darlehens, was insbesondere an das positive Ergebnis der Überprüfung der Umsetzung des IWF-Programms durch die Ukraine geknüpft ist. Nach der letzten Überprüfung des Programms durch den IWF im Oktober 2016 erachtete der Bundesrat die Bedingungen für die Auszahlung einer ersten Tranche von 100 Millionen US-Dollar als erfüllt. Die Auszahlung erfolgte am 3. März 2017.»*⁴¹ Es ist also offensichtlich, dass dieses bilaterale Darlehen vom IWF "angeordnet" und unter seiner Kontrolle ausgeführt wurde.

Aber es gibt Schlimmeres, was die absolute Geistesschwäche der Schweizer Institutionen und der herrschenden Klasse, die sie leitet, beweist. Denn obwohl die Aggression Russlands gegen die Ukraine am

⁴⁰ <https://www.imf.org/en/News/Articles/2017/04/03/na040417-ukraine-receives-imf-support-but-must-accelerate-reforms>

⁴¹ Antwort von Ueli Maurer auf die Einfrage von Nationalrat Luzi Stamm «Hat der Bundesrat der Ukraine 100 Millionen Franken versprochen?», 13.03.2017, <https://www.parlament.ch/it/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=39591>.

20. Februar 2022 stattfand und damit die wirtschaftlichen Bedürfnisse des angegriffenen Landes noch offensichtlicher waren, stellte Bundesrat Ueli Maurer am 16. März 2022 gelassen fest: *«Der Berichtstatter sprach von einem Darlehen an die Ukraine. Wir haben beschlossen, dies im Jahr 2017 mit einem Volumen von 200 Millionen US-Dollar zu tun. 100 Millionen Euro wurden abgezogen. Die Rückzahlung war für den 3. März [2022] vorgesehen; die Ukraine hat diese 100 Millionen trotz des Kriegsbeginns pünktlich zurückgezahlt. Es gibt also keine Verpflichtungen mehr von der Ukraine gegenüber der Schweiz, es ist alles vorbei.»*⁴² Der SVP-Minister dachte wahrscheinlich auch darüber nach, wie viel Glück er hatte, dass er diese Summe gerade noch zurückbekommen hat...

Mit dieser finanziellen Rückzahlung ist das einzige finanzielle Engagement der Schweiz gegenüber der Ukraine beendet. Wie die Schweizer Banken hat sich auch die Eidgenossenschaft von der Ukraine ferngehalten, trotz des Invasionskrieges, der das Land und vor allem seine Bevölkerung schwer schädigt. An dieser Stelle müssen wir natürlich über die Forderung nachdenken, dass nach dem Ende des Invasionskrieges jeder Beitrag der Schweiz zum Wiederaufbau der Ukraine – und wir müssen eine massive Beteiligung daran fordern – aus eigener Tasche und vor allem frei von neoliberaler IWF-Erpressung erfolgen muss.

Die Schweiz zieht es vor, durch "Entwicklungszusammenarbeit" zu handeln...

Die institutionelle Präsenz der Schweiz beschränkt sich auf bilaterale Interventionen in Form von "Entwicklungszusammenarbeit", in der die Eidgenossenschaft eine konstante und dauerhafte, wenn auch finanziell nicht so kostspielige Präsenz zeigt. Die Zusammenarbeit der Schweiz mit der Ukraine geht auf die Mitte der 1990er Jahre zurück und wurde mit dem Abschluss eines Rahmenabkommens über technische und finanzielle Zusammenarbeit im Jahr 1997 und der Eröffnung eines Schweizer Kooperationsbüros in Kiew im Jahr 1999 formalisiert, das die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) und das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) vertritt. Finanziell überstieg die "kooperative" Intervention der Schweiz zumindest bis 2010 nicht 10 Millionen Franken pro Jahr.

Die Hilfe hat sich im Zeitraum 2011-2014 leicht auf 57 Millionen Franken erhöht und wird im Vierjahreszeitraum 2015-2018 auf rund 100 Millionen Franken ansteigen. Für den Zeitraum 2020-2023 wurde die finanzielle Unterstützung auf 108 Millionen Franken erhöht.

Die Schweizer Botschaft in Kiew ist für die Verwaltung, Umsetzung, Überwachung und Leitung des Kooperationsprogramms zuständig. Die Ausgaben für die Entwicklungshilfe dienen offensichtlich auch als Instrument zur Erleichterung des Eintritts von Schweizer Unternehmen in den ukrainischen Markt, indem sie eine direkte wohlwollende Beziehung zu den politischen und administrativen Behörden schaffen.

Zudem dienen die Investitionen in die "Entwicklungszusammenarbeit" auch dazu, prowestliche Regierungen und die von ihnen verfolgten neoliberalen Reformen zu stärken, wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) treffend erklärt: *«Die Schweiz wird ihre Unterstützung in den Bereichen verstärken, in denen sie bisher aktiv war und in denen sie greifbare Ergebnisse erzielt hat: Dezentralisierung, Gesundheit, Energieeffizienz und Unterstützung des Privatsektors. Schweizer Initiativen unterstützen die Reformen der Regierung.»*⁴³

Und erst kürzlich schrieb die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), dass *«die Unabhängigkeit der Institutionen, die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Prozesse, greifbare Ergebnisse im Kampf gegen die Korruption und die Eindämmung des Einflusses der Oligarchen der Schlüssel zu erfolgreichen Reformen und eine Voraussetzung für die Stärkung des Vertrauens zwischen Bürgern und Regierung sind. Die Gebergemeinschaft leistet entscheidende Unterstützung für die Reformagenda.»*⁴⁴

Es ist unbestritten, dass die Entwicklungszusammenarbeit der Schweiz der Ukraine helfen will. Aber wie bei jedem armen Land ist die finanzielle Unterstützung durch eine der reichsten Volkswirtschaften

⁴² Antwort von Ueli Maurer an Staatsrat Pirmin Bischof in der Debatte zum Bundesbeschluss über die Gewährung eines Verpflichtungskredits für die Weiterführung der internationalen Währungshilfe, 16.03.2022, <https://www.parlament.ch/it/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=56515>.

⁴³ <https://www.eda.admin.ch/deza/fr/home/ddc/aktuell/dossiers/alle-dossiers/engagement-der-schweiz-ukraine-deza.html>.

⁴⁴ Swiss Agency for Development and Cooperation SDC, Swiss Cooperation Programme Ukraine 2020–23, Berna, marzo 2020, p. 9.

der Welt eindeutig unzureichend, und zwar mehr in der Form als in der Substanz. Und ebenso unbestreitbar ist diese Hilfe auch eine "politische" Waffe, um die politische und soziale Ordnung eines bestimmten Landes zu untergraben, damit die Logik der Marktwirtschaft, die neoliberalen Richtlinien, die Massnahmen, die vor allem darauf abzielen, die Bedingungen zu schaffen, um die Solidität des Akkumulationsprozesses zu gewährleisten, insbesondere zugunsten der kapitalistischen Unternehmen der imperialistischen Länder, Fuss fassen können.

Die Beziehungen sind natürlich nicht einseitig. Wir werden auch sehen, wie die schweizerische Finanz- und Steuerplattform den Interessen der ukrainischen Oligarch:innen dient, denen es dank der besonderen rechtlichen und steuerlichen Bedingungen der Schweiz sogar gegenwärtig gelingt, eine bedeutende und substanzielle transnationale Erfassung des Mehrwerts sicherzustellen.

6. Transithandel und Schweizer Steuern: der reiche Tisch, an dem der Schweizer Kapitalismus und die ukrainischen Oligarchen schlemmen

Die Beziehungen zwischen dem schweizerischen und dem ukrainischen Kapitalismus – besser noch zwischen den ukrainischen Oligarch:innen – konsolidieren sich vor allem um jenes undurchsichtige, aber für alle Beteiligten höchst profitable System, das den Transithandel (Warenhandel) untrennbar mit der Schweizer Steuerstruktur verbindet. Mehr noch als aus den Direktinvestitionen bezieht der Schweizer Kapitalismus einen beträchtlichen Anteil an der transnationalen Aneignung des Mehrwerts aus der Möglichkeit, die führende Rolle des Schweizer Markts im Transithandel mit Rohstoffen gegenüber den ukrainischen Oligarch:innen und ihren Industrie- und Finanzkonzernen nutzbar zu machen. Konkret heisst das bspw. besonders günstige steuerliche Behandlung seiner Unternehmen.

Es geht darum, zu rekonstruieren, wie dieser Handel den Hauptkanal darstellt, durch den der Schweizer Kapitalismus dazu beiträgt, den in der Ukraine produzierten gesellschaftlichen Reichtum abzuschöpfen. Wobei ein Teil davon bereits innerhalb der Ukraine versickert und der andere, sicherlich auffälligere, in die geräumigen Taschen ukrainischer und sogar russischer Oligarch:innen fliesst.

Die Rolle der Schweiz im Weltrohstoffhandel

Gemäss verschiedenen Schätzungen ist die Schweiz der grösste Rohstoffhändler der Welt. Von hier aus werden 40% der Ölströme, 60% der Metalle, 60% des Getreides, 45% des Zuckers, 55% des Kaffees, 35% des Kakaos und 65% der Baumwolle gehandelt.⁴⁵ Gemäss der jüngsten Statistik⁴⁶ gab es 2019 in der Schweiz 935 Rohstoffhandelsunternehmen, die 10'441 Personen (9'807 Vollzeitstellen) beschäftigten.

Im Jahr 1993 erreichten die Nettoeinnahmen 1.339 Millionen Franken, die bis 2021 auf 59.194 Millionen Franken angestiegen sind.⁴⁷ Anders ausgedrückt: Die Einnahmen sind in 24 Jahren um das 44-fache gestiegen.

Das tatsächliche Ausmass des Wachstums im Rohstoffhandel lässt sich durch einen Vergleich mit den Nettoerträgen der Finanzdienstleistungen der Banken im Ausland ermitteln, wobei das Jahr 2008 als entscheidender Wendepunkt einer Entwicklung fungiert, die nun fest in der Hand der Rohstoffhändler zu sein scheint. Heute macht der Rohstoffhandelssektor zwischen 4 und 4,5% des Schweizer Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus.

Diese Zahlen geben Aufschluss über die Stellung, die der Rohstoffhandel im kapitalistischen System der Schweiz einnimmt. Dies zeigt sich insbesondere in der Verteidigung der Steuerprivilegien für die Rohstoffhandelsunternehmen in der Schweiz durch die politischen Behörden des Bundes gegen die Angriffe der konkurrierenden kapitalistischen Regime, in dem sich die Schweizer Wirtschaft vorerst zu behaupten scheint.

Steuertechnik besonders günstig für grosse Rohstoffhandelskonzerne

Die besondere Beziehung, die den Schweizer Markt mit der Ausbeutung von Rohstoffen – Bergbau, Landwirtschaft, Energie – in der Ukraine verbindet, wird bei der Analyse der Handelsströme zwischen den beiden Ländern im Schatten der Schweizer Steuerpolitik deutlich.

In der Tat wirkt die Schweiz aufgrund seines günstigen Steuersystems, der Duldung der administrativen und politischen Behörden aus den jeweiligen Staaten auf allen Ebenen und dem Verzicht auf jede Form wirklicher Steuerkontrolle wie ein wahrere Magnet für jedes kapitalistische Unternehmen, das seine Gewinne maximieren will.

Unter dem entscheidenden Druck der Europäischen Union, der auch den verschärften innerkapitalistischen Wettbewerb widerspiegelte, musste die Schweiz das System der kantonalen Sonderregelungen

⁴⁵ Die Daten stammen von der Website der Swiss Trading & Shipping Association. Der Verein Public Eye, der sich an vorderster Front gegen die Macht und das verheerende Wirken der auf Schweizer Territorium ansässigen "Rohstoffhandelsfirmen" einsetzt, nennt Zahlen, die etwas zurückhaltender sind, aber die zentrale Rolle der Schweiz in diesem weltweiten Handel nicht in Frage stellen.

⁴⁶ Bundesamt für Statistik, Statistik der Rohstoffhändler NMP, 25.11.2021.

⁴⁷ [https://data.snb.ch/fr/topics/aube/cube/bopmercoua?fromDate=2012&toDate=2021&dimSel=D1\(S\),D0\(T0\)](https://data.snb.ch/fr/topics/aube/cube/bopmercoua?fromDate=2012&toDate=2021&dimSel=D1(S),D0(T0)).

für die Besteuerung von Holdings, Joint Ventures und Verwaltungsgesellschaften aufgeben – ein System, das wesentlich dazu beigetragen hatte, Rohstoffhandelsunternehmen hier anzusiedeln.

Es ist ihr aber gelungen, mit der 2019 eingeführten (Unternehmens-)Steuerreform und der AHV-Finanzierung (STAF) eine steuerliche Alternative zu entwickeln, die die Attraktivität des Standorts Schweiz weiterhin gewährleistet. Kurz gesagt, gab es einen Wechsel von einem System der Steuerprivilegien für vorwiegend international tätige Unternehmen hin zu einem System, das für alle in der Schweiz ansässigen Unternehmen erhebliche, pauschale Erleichterungen vorsah. Im Rahmen der neuen STAF-Reform werden Gewinne aus Patenten und ähnlichen Rechten auf kantonaler Ebene zu einem reduzierten Satz besteuert, wobei die Kantone verpflichtet sind, einen Satz von mindestens 10% auf diese Gewinne anzuwenden ("Patentbox"). Darüber hinaus können die Kantone einen maximalen Abzug von 150% für Ausgaben im Zusammenhang mit Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten (zu denen auch die Gehälter der internationalen Führungskräfte gehören können) vornehmen. Insgesamt dürfen diese Abzüge 70% des Unternehmensgewinns nicht übersteigen.

Die eigentliche Meisterleistung liegt jedoch darin, dass internationale Unternehmen, die bisher unter eine Sonderregelung fielen, auf der einen Seite nun zwar auch 8,5% auf ihre Gewinne zahlen. Mit dem STAF werden diese Unternehmen daher auch nach der normalen Besteuerung besteuert. Auf der anderen Seite wird dies aber auskompensiert, indem die meisten Kantone die ordentlichen Steuersätze für alle Unternehmen gesenkt haben. So haben beispielsweise Genf und Waadt, Kantone mit einer hohen Konzentration von internationalen Einzelhandelsunternehmen, den ordentlichen Steuersatz von 24,16% auf 13,49% bzw. von 20,95% auf 13,79% gesenkt. Auch das Tessin folgte diesem Trend und senkte den ordentlichen Steuersatz auf Unternehmensgewinne von 18,6% auf 14,6% (im Jahr 2025). Für Rohstoffhandelsunternehmen wird der Steuersatz von 10% auf 14,6% angehoben. Dieser Anstieg wird durch die anderen oben genannten Erleichterungen, die das zu versteuernde Einkommen erheblich reduzieren, gut ausgeglichen.

Die zentrale Bedeutung der "Verrechnungspreise" für die Optimierung des Steuerertrags bei der Nutzung des Rohstoffhandels

Die wichtigste Steuertaktik ist die Verlagerung von Gewinnen durch Unternehmen, die demselben Konzern angehören, in Steueroasen oder Niedrig- bzw. Nichtsteuergelände. Einer der bevorzugten Kanäle, um eine "Verlagerung von Steuersubstanz" im genannten Sinne zu erreichen, ist die Manipulation des Wertes von Transaktionen innerhalb eines Konzerns zwischen den verschiedenen Tochtergesellschaften. Anders ausgedrückt, wenn ein "schwer fassbarer" Einkommenstransfer zwischen Konzerngesellschaften oder verbundenen Unternehmen durch die Übertragung von (materiellen und immateriellen) Gütern und Dienstleistungen zu anderen Preisen als zu den Marktpreisen, wie sie einem Drittkunden in Rechnung gestellt würden, erfolgen. Dies wird als "Verrechnungspreis" zwischen Tochtergesellschaften und verbundenen Unternehmen eines Konzerns mit Sitz in verschiedenen Staaten bezeichnet.⁴⁸

Bei diesen Manövern geht es nicht immer um Preismanipulationen zwischen den Unternehmen einer Gruppe. Manchmal ist der Mechanismus der "Verschiebung von steuerpflichtigem Material" schlichtweg logistisch einfacher. So fördern und verarbeiten beispielsweise Tochtergesellschaften eines Konzerns in Afrika Rohstoffe. Deren Vermarktung erfolgt jedoch von den Büros der Tochtergesellschaften

⁴⁸ Hier einige der wichtigsten Gewinnverschiebungs-/Vermeidungsmechanismen, die von multinationalen Konzernen eingesetzt werden: a) Manipulation der Verrechnungspreise für Waren: Wenn eine Tochtergesellschaft mit Sitz in einem Hochsteuerland Waren an eine Tochtergesellschaft in einem Niedrigsteuerland verkauft, kann der Konzern den Preis für diese Waren aufblähen oder zu niedrig ansetzen und so den Ort der Einkünfte bestimmen; b) Fakturierung von Managementgebühren und technischen Dienstleistungen: Wenn eine Tochtergesellschaft mit Sitz in einem Niedrigsteuerland einer Tochtergesellschaft mit Sitz in einem Hochsteuerland eine technische Dienstleistung in Rechnung stellt, kann der Konzern diese Gebühren aufblähen oder in Rechnung stellen, ohne dass die Dienstleistung tatsächlich erbracht wurde; c) Kreditvergabe zwischen Tochtergesellschaften und Zentralisierung der Finanzverwaltung: Wenn eine Tochtergesellschaft mit Sitz in einem Niedrigsteuerland einer Tochtergesellschaft mit Sitz in einem Hochsteuerland ein Darlehen gewährt, können die durch das Darlehen generierten Zinsen in dem Hochsteuerland steuerlich absetzbar sein; d) Gründung von Holdinggesellschaften: Konzerne gründen diese Strukturen häufig in Ländern, die eine Reihe von günstigen Abkommen geschlossen haben oder deren Vorschriften milde sind, um die Quellensteuer auf Dividenden oder die Kapitalertragssteuer beim Verkauf von Vermögenswerten in einem Hochsteuerland zu vermeiden; e) Patente, Lizenzen, Warenzeichen usw.: Der Wert von Rechten an geistigem Eigentum ist oft schwer zu bestimmen, was es leicht macht, sie in Niedrigsteuerländer zu verlagern und so von Tochtergesellschaften in Hochsteuerländern überhöhte Lizenzgebühren zu verlangen. Siehe Brot für alle / Netzwerk Steuergerechtigkeit / Alliance Sud, Cultivating Fiscal Inequality. The Socfin Report, Oktober 2021, S. 13.

in Genf, Zug oder Lugano aus, ohne dass diese Rohstoffe die Schweizer Grenze überschreiten. So werden die erzielten Gewinne in der Schweiz auf der Grundlage einer äusserst günstigen Regelung zu Lasten der afrikanischen Länder besteuert, in denen die Produktionstöchter angesiedelt sind. Gleichzeitig stellen die Schweizer Tochtergesellschaften den afrikanischen Tochtergesellschaften einen Teil der Kosten für die Vermarktung von Rohstoffen in Rechnung. Dies schmälert einerseits die Rentabilität der afrikanischen Tochtergesellschaften und ermöglicht es andererseits den Schweizer Tochtergesellschaften, ihr steuerpflichtiges Einkommen weiter zu senken.

Diese Geschäfte können dabei so "exorbitant" sein, dass die Produktionsgesellschaften in den Ländern, in denen die Rohstoffe gewonnen und verarbeitet werden, anhaltende Verluste machen.

Ein weiteres System ist das der "falschen Preisfestsetzung", bei dem die Transaktion nicht zwischen den Tochtergesellschaften transnationaler Unternehmen stattfindet, sondern durch die absichtliche Erhöhung oder Senkung des Preises einer Ware für den Export. Es ist offensichtlich, dass das Unternehmen, das einen Rohstoff abbaut und ihn unter dem Selbstkostenpreis an ein anderes, beispielsweise in der Schweiz ansässiges "Rohstoffhandelsunternehmen" verkauft, oft die gleichen Eigentümer:innen hat.

Der Vorteil ist in diesem Fall ein doppelter: In dem Land, in dem der Rohstoff unter dem Selbstkostenpreis verkauft wird, zahlt das Unternehmen aufgrund der geringen Gewinne nur wenig Steuern, während das Unternehmen dann aber in der Schweiz, in dem dieselben Rohstoffe gehandelt und zum Marktpreis weiterverkauft werden, aufgrund der niedrigen Besteuerung von Unternehmensgewinnen und anderer Steuervergünstigungen höhere Gewinne erzielt.

Es ist durchaus üblich, dass ein Teil dieser Gewinne in Form von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in das Herkunftsland zurückfliesst, und zwar über eigens zu diesem Zweck gegründete schweizerische Unternehmen, die von den Steuerbefreiungen profitieren, die ausländischen Unternehmen gewährt werden, die in diesem Land investieren. Und so schliesst sich der Kreis.

Und das alles unter dem sehr kurzfristigen Blick der Schweizer Politik und Verwaltung...

Was wir bisher zu beschreiben versucht haben, wäre ohne das Entgegenkommen der politischen und administrativen Behörden von Ländern mit unternehmensfreundlichen Steuerregelungen nicht möglich. Die Schweiz glänzt in dieser Hinsicht besonders. In der komplizierten Frage der "Verrechnungspreise", einer privilegierten Quelle der Steuerhinterziehung im industriellen Massstab, gibt die Schweizerische Eidgenossenschaft offen zu, nichts zu tun: *«Die Schweiz hat keine spezifischen Bestimmungen zur Überprüfung der Verrechnungspreise erlassen, aber gemäss dem Rundschreiben der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) vom 19. März 2004 werden die Kantone aufgefordert (sic!), die OECD-Verrechnungspreisrichtlinien für multinationale Unternehmen und Steuerverwaltungen anzuwenden.»*⁴⁹

Als wäre dieses Eingeständnis der mangelnden Bereitschaft, in dieser grundsätzlichen Frage tätig zu werden, nicht genug, wird die Verantwortung zum Eingreifen auf die Länder verlagert, die den Schaden erleiden: *«Im Falle einer missbräuchlichen Verrechnungspreispolitik eines Konzerns kann ein benachteiligtes Land auf der Grundlage eines Doppelbesteuerungsabkommens (DBA) mit einer entsprechenden Bestimmung die Gewinne der in seinem Hoheitsgebiet ansässigen Unternehmen korrigieren und entsprechend besteuern. Es ist Sache des benachteiligten Landes, die Initiative zu ergreifen. Da den Entwicklungsländern jedoch häufig das nötige Know-how zur Überprüfung der Verrechnungspreise fehlt, werden die Verrechnungspreismethoden von Unternehmen, die weltweit mit Rohstoffen handeln, nur selten kontrolliert.»*⁵⁰

⁴⁹ Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF), Grundlagenbericht über Rohstoffe. Bericht der Interdepartementalen Plattform Rohstoffe zuhanden des Bundesrates, Bern, 27.03.2103, S. 35.

⁵⁰ Ebd.

7. Der Schweizer Markt: wichtigster Handelspartner ukrainischer Unternehmen und wichtigste Stütze der Steuerhinterziehung

Die Beziehungen zwischen dem schweizerischen und dem ukrainischen Kapitalismus basieren auf dem Handel mit Rohstoffen

Diese "Prämisse" bringt uns zum Kern der kapitalistischen Beziehung zwischen der Schweiz und der Ukraine, die sich um den Handel mit Rohstoffen dreht. Unter diesem Gesichtspunkt besteht die Rolle des Schweizer Marktes darin, den in der Ukraine tätigen transnationalen Unternehmen, ob in ausländischem Besitz oder im Besitz einheimischer Oligarch:innen, die Möglichkeit zu geben, ihre Gewinne durch diese inzestuöse Verbindung zwischen Steueroptimierung und Steuerhinterziehung zu maximieren. Stattdessen ist das Ergebnis eindeutig: Die Verteilung des in den rohstoffexportierenden Ländern produzierten gesellschaftlichen Reichtums wird geschmälert, die öffentlichen Finanzen und die Möglichkeit, die sozioökonomische Entwicklung dieser Entwicklungsländer zu verbessern, werden ausgehöhlt.

In der Ukraine ist die Frage des Transfers von im Inland erwirtschafteten Gewinnen in die Schweiz zumindest in bestimmten kritischen gesellschaftlichen und politischen Bereichen ein analysiertes und diskutiertes Thema. So begann Julia Samajewa, Wirtschaftsjournalistin der ukrainischen Website zn.ua, ihren im Dezember letzten Jahres veröffentlichten Artikel wie folgt: *«Auf die einfache Frage, wer der wichtigste Handelspartner der Ukraine ist, erhält man in der Regel eine einfache Antwort: die EU, China, Russland. Diese Länder stehen an der Spitze aller offiziellen Berichte über unsere Aussenhandelsaktivitäten. Die kleine Schweiz wird in diesen Berichten meist nicht erwähnt. Sie braucht unsere Warenexporte nicht, meist können wir uns Schweizer Waren und Dienstleistungen nicht leisten. Sie sind jedoch der grösste Handelspartner der Ukraine.»*⁵¹

Wir haben bereits gesehen, dass die direkten Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern quantitativ unbedeutend sind, wobei die Schweizer Exporte die ukrainischen Exporte klar dominieren. Die Rolle des "grössten Handelspartners" bezieht sich also nicht auf die physischen Handelsbeziehungen, bei denen die Waren die Grenzen des jeweils anderen Landes überschreiten. Der Artikel von Samajewa verdeutlicht diesen grundlegenden Aspekt. Die in der Schweiz ansässigen "Rohstoffhandelsunternehmen" stellten Rechnungen in Höhe von etwa 18 Milliarden US-Dollar für den Verkauf von Waren aus, die in der Ukraine hergestellt und in die übrige Welt exportiert wurden. Im Jahr 2019 waren es knapp 18 Milliarden US-Dollar, 2018 über 16 Milliarden und 2017 fast 14 Milliarden. Um die Grössenordnung der soeben genannten Zahlen zu verdeutlichen, genügt es zu sagen, dass sich der Gesamtbetrag aller realisierten Exporte der Ukraine im Jahr 2020 auf 49,2 Milliarden US-Dollar belief. Von den Gesamtausfuhren entfielen 85% auf Rohstoffe. Das bedeutet, dass 36,6% aller ukrainischen Exporte in der Schweiz fakturiert wurden. Samajewa zufolge wurden von diesen 18 Milliarden US-Dollar *«15 Milliarden US-Dollar für Getreide, Eisenmetalle, Eisenerz, Sonnenblumenöl und Mehl bezahlt. 60% des gesamten Getreides und 61% des gesamten Eisenerzes wurden über die Schweiz verkauft»*.⁵²

Aus diesen einfachen Zahlen wird die Rolle des Schweizer Handelsplatzes als Handelsvermittler für ukrainische Rohstoffe deutlich. Es lohnt sich jedoch, diese spezifische Funktion mit Hilfe einiger Daten aus ukrainischen Quellen und Artikeln näher zu beleuchten. Lediglich 1,6% des in die betrachteten Verbraucherländer ausgeführten Maises ist das Ergebnis direkter Verträge zwischen "Erzeuger:innen und Verbraucher:innen", d.h. es handelt sich um Direkteinfuhren. Im Gegensatz dazu stammen 98,4 % des Maises, den diese Verbraucherländer kaufen, aus "Zwischenländern".⁵³ Und schockierenderweise verkauft die Schweiz 56,1% der gesamten ukrainischen Maisausfuhren in die fünf genannten Verbraucherländer weiter.

⁵¹ <https://zn.ua/ukr/macrolevel/ot-zhe-zh-kantoni.html>

⁵² <https://zn.ua/ukr/macrolevel/ot-zhe-zh-kantoni.html>

⁵³ Noch 2018 gab das ukrainische Wirtschaftsministerium an, dass mehr als 80 Prozent der ukrainischen Exporte indirekt, über Zwischenhändler, getätigt werden. Siehe <https://www.kyivpost.com/business/ukraine-impoverished-by-abuses-in-transfer-pricing.html>. Im Jahr 2012 lag der Prozentsatz nicht über 40 Prozent.

Gemäss den Tabellen am Ende dieses Dokuments wickelte die Schweiz im Zeitraum 2012-2015 43,46% der ukrainischen Exporte von öligen Samen und ihren Folgeprodukten, 37,91% der Eisenmetalle und ihren Folgeprodukten, und 42,70% der Mineralien und Energieprodukten ab.

Die Verwaltung des Rohstoffhandels bedeutet auch, die Steuerhinterziehung grosser ukrainischer und anderer Konzerne, die in diesem Sektor tätig sind, in den Griff zu bekommen.

Warum aber sollten Schweizer Unternehmen überhaupt mit der administrativen und kommerziellen Verwaltung von Rohstoffen betraut werden, die in über die ganze Welt verstreute Verbraucherländer weiterverkauft werden und den Schweizer Boden nicht eine Minute lang durchqueren? Die Antwort liegt in dem Mechanismus der "Steuerminimierung" der Endgewinne der Unternehmen, die die Rohstoffproduktion in der Ukraine kontrollieren.

Damit das Transferpreis-System in vollem Umfang funktionieren kann, muss ein "Finanzintermediär" in einem Land mit einer niedrigen Kapitalsteuerregelung ansässig sein. Umso besser, wenn es in diesem Rechtsraum ein gut etabliertes Finanzierungssystem (Bankenplatz) für den "Warenhandel" und eine hundertjährige Erfahrung auf diesem Gebiet gibt. Die Schweiz verkörpert diese Eigenschaften perfekt, insbesondere die steuerlichen. Es ist daher logisch, dass die transnationalen Unternehmen des Sektors schon seit langem in der Schweiz präsent sind.⁵⁴

Ein ebenso logisches, aber neueres Phänomen, sind die ukrainischen Unternehmen, die in der Schweiz Niederlassungen eröffnet haben oder direkt mit kleinen Unternehmen in unserem Land "handeln". Es gibt keine genaue Analyse dieser Präsenz, aber es scheint, dass ihre Zahl bei etwa 400 liegen könnte.⁵⁵ Die Hauptfunktion dieser Geschäfte besteht darin, den Transfer von Gewinnen aus der Ukraine in die Schweiz zu ermöglichen, um den ukrainischen Behörden und damit der Gesellschaft insgesamt steuerpflichtiges Material vorzuenthalten.

Der angewandte Mechanismus lässt sich wie folgt vereinfachen: Ein Unternehmen mit Sitz in der Ukraine verkauft Weizen an ein in der Schweiz ansässiges Unternehmen, das von ihm kontrolliert wird, für bspw. 100 Millionen Franken, d.h. zu einem unterbewerteten Preis im Vergleich zum Marktpreis, der 150 Millionen Franken betragen würde. Das Schweizer Unternehmen verkauft diesen Weizen sofort weiter an ein Unternehmen in einem Endverbraucherland, z.B. Ägypten, diesmal zum Marktpreis von 150 Millionen (vielleicht sogar über dem Marktpreis, z.B. 160 Millionen).

So lag der gewogene Durchschnittspreis für Pflanzenölexporte, die direkt von der Ukraine nach Ägypten verkauft wurden, zwischen Januar und September 2015 bei 1.175 US-Dollar/Tonne, während der Preis für diese Produkte, die in die Schweiz verkauft wurden, bei 806 US-Dollar/Tonne lag (der Preis wäre eigentlich also 31% niedriger).⁵⁶

Die Steuern auf Gewinne und Einkommen sind in der Ukraine viel höher als in der Schweiz. Indem das ukrainische Unternehmen unter den eigentlichen (Markt-)Preisen verkauft, verringert es seinen Gewinn und damit die vom ukrainischen Staat erhobene Steuerlast.⁵⁷

Bei diesem System der Transferpreis-Manipulation sind ukrainische Unternehmen (die fast immer von einheimischen Oligarch:innen kontrolliert werden) oder ausländische Unternehmen, die dort tätig sind, sowie "Schweizer" Unternehmen und die Schweizer Behörden die Gewinner. Wer verliert, ist ebenso klar: der ukrainische Staat und damit die gesamte ukrainische Bevölkerung, insbesondere diejenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um zu überleben.⁵⁸

⁵⁴ Einige von ihnen sind auch in der Ukraine tätig: Nibulon, Kernel, Cargill, Bunge, Louis Dreyfus Company, Ferrexpo, Philipp Morris, Sierentz Global Merchants Sàrl.

⁵⁵ <https://zn.ua/ukr/macrolevel/ot-zhe-zh-kantoni.html>. Unsere noch unvollständigen Nachforschungen haben mindestens zwei Dutzend Tessiner Unternehmen identifiziert, die eindeutig mit grossen ukrainischen Rohstoffproduzenten verbunden sind.

⁵⁶ <https://commons.com.ua/uk/torgivlya-cherez-ofshorni-zoni-ratsionalna-neobhidnist-chi-perepona-dlya-rozvitku-ukrayini/>

⁵⁷ "In der Ukraine ist es bereits gang und gäbe, dass Unternehmen von Jahr zu Jahr unrentabel arbeiten, obwohl dies den Gesetzen der Wirtschaftstheorie widerspricht und die meisten Gewinne in Offshore-Gebiete verlagert werden, um die Steuerbasis zu minimieren. Dies gilt sowohl für private als auch für staatliche Unternehmen". Siehe <https://commons.com.ua/uk/torgivlya-cherez-ofshorni-zoni-ratsionalna-neobhidnist-chi-perepona-dlya-rozvitku-ukrayini/>

⁵⁸ "Während oligarchische Unternehmen solide Verluste verzeichnen, weil sie den Grossteil ihrer Gewinne ins Ausland verlagern, versucht die Regierung, die Einnahmeausfälle durch eine höhere Steuerbelastung für Branchen mit überwiegend nicht-oligarchischen Aktivitäten auszugleichen." Siehe <https://commons.com.ua/uk/torgivlya-cherez-ofshorni-zoni-ratsionalna-neobhidnist-chi-perepona-dlya-rozvitku-ukrayini/>

Die Auswirkungen dieser Gemeinsamkeit der Interessen werden von der ukrainischen Bevölkerung bezahlt

Nun ist es interessant, die Auswirkungen dieses Systems, in dem die Schweiz ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt ist, auf die ukrainische Bevölkerung zu verstehen. Zunächst ist zu sagen, dass dieses System auch erst aufgrund der politischen Unterstützung in der Ukraine möglich ist, und zwar dank der Tätigkeit der lokalen Oligarch:innen. In diesem Sinne wurde die Schweiz 2015 von der Liste der "Offshore-Länder" gestrichen und unterliegt nun einer viel stärkeren theoretischen Steuer- und Zollkontrolle. Eine Entscheidung, die die Stärke der Oligarch:innen und transnationalen Konzerne zeigt. Denn Rohstoffgeschäfte mit Schweizer Partnern machten 2020 40% aller kontrollpflichtigen Transaktionen aus... Eine Reihe von Studien, die in der Ukraine (aber nicht nur dort) veröffentlicht wurden, haben jedoch auch dazu beigetragen, das Profil dieses Prozesses, in dem die Schweiz eine absolute Führungsrolle spielt, numerisch zu rekonstruieren. Dazu analysierten die Forscher:innen vor allem die Preise für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Eisenerzprodukten zwischen den Unternehmen, die in der Produktion und im Handel mit diesen Waren tätig sind. Wobei die Preise auf der Grundlage von Marktnotierungen gemäss den von der Ukraine beschlossenen Transferpreisregeln festgelegt wurden.

Jede erhebliche Abweichung von den Marktpreisen ist ein Hinweis auf einen möglichen Gewinntransfer aus der Ukraine zum Zwecke der Einkommensteuervermeidung. In Bezug auf den Agrar- und Lebensmittelsektor, den am schnellsten wachsenden Sektor der ukrainischen Wirtschaft, schätzten die Wissenschaftler:innen, *«dass der unterbewertete Preis für Weizen im Dreijahreszeitraum 2015-2017 875 Millionen US-Dollar erreichte, während sich die Differenz bei Mais auf 664 Millionen US-Dollar belief. Gleichzeitig würde der Anteil der auf diese Weise verlagerten Gewinne etwa 10,4% des Gesamtwerts der Weizenausfuhren und etwa 7,6% der Maisausfuhren ausmachen.»*⁵⁹

Auf der Grundlage dieser bewusst konservativen Berechnungen kommen die Forscher:innen zum Schluss, dass allein bei den Weizen- und Maisexporten zwischen 2015 und 2017 potenziell 1,54 Milliarden US-Dollar an Gewinnen "verschoben" wurden. Dieselben Forscher:innen fügten hinzu, dass *«etwa 64% des unterbewerteten Getreides über in der Schweiz und im Vereinigten Königreich (in der Regel auf den Kanalinseln) registrierte Unternehmen als Empfänger gingen, und ihr Anteil drei Jahre lang relativ stabil blieb. Auf Unternehmen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten und Zypern entfielen weitere 11%. Der gemeinsame Anteil der schweizerischen und britischen Unternehmen lag bei Mais bei 59% (46% für die Schweiz und 13% für das Vereinigte Königreich). In der Folge gingen diese Zahlen zurück, da andere Steuergelände wie Hongkong oder Luxemburg eine immer wichtigere Rolle bei der Verlagerung von Gewinnen spielten. Im Jahr 2017 übertrafen sie sogar die Schweiz, auf die nur 10% der unterbewerteten Maistransaktionen entfielen»*.⁶⁰

Im Bereich der Agrarwirtschaft schätzt eine andere Studie, dass sich die Gewinnverlagerung durch Verrechnungspreise im Zeitraum 2012-2017 für Weizen, Mais, Soja, Raps und Sonnenblumenöl auf 4,5 Milliarden US-Dollar belief.⁶¹ Allgemeiner ausgedrückt: Bestimmten Berechnungen zufolge exportierte die Ukraine im Jahr 2016 12% des weltweiten Weizens, aber nur 60% dieser Ausfuhren "passierten" den offiziellen Weizenmarkt, während die restlichen 40% über den so genannten "Schattenmarkt", d.h. über die oben beschriebenen steuerlichen Instrumente, ausgeführt wurden.⁶²

Die genannten Forscher:innen kommen auch zu dem Schluss, dass das Phänomen, das sich im ukrainischen Agrar- und Ernährungssektor abspielt, auch im Eisenerzexportsektor zu beobachten ist: *«Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen, dass in den letzten drei Jahren (2015-2017) die Eisenerzexporte aus der Ukraine im Durchschnitt um mindestens 20% zu niedrig in Rechnung gestellt wurden, was einem*

⁵⁹ Artikel von Tommaso Faccio veröffentlicht auf <https://commons.com.ua/uk/peremishennya-pributku-pri-eksporti-silskogospodarskih-produktiv-z-ukrayini/>

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ <https://commons.com.ua/uk/ofshorizaciya-ukrayinskoyi-ekonomiki/>

⁶² Edb. Das allgemeine Problem der Steuerhinterziehung in der Ukraine ist dramatisch: "Das Problem der Steuerhinterziehung steht nicht nur auf der politischen Agenda der EU, sondern auch in der Ukraine, wo der Staatshaushalt aufgrund der exzessiven 'Schattenwirtschaft' (bis zu 50 Prozent) chronisch unterfinanziert ist. Zum Vergleich: Die Ukraine hat rund 45 Millionen Einwohner, und der Staat erhält nur 20 Milliarden Euro an Steuern, während das benachbarte Polen mit weniger als 40 Millionen Einwohnern mehr als 80 Milliarden Euro an Steuern einnimmt", Tommaso Faccio, <https://commons.com.ua/uk/peremishennya-pributku-pri-eksporti-silskogospodarskih-produktiv-z-ukrayini/>

*Gewinn von 520 Millionen US-Dollar entspricht, der durch Verrechnungspreise von der Ukraine in Niedrigsteuere Länder transferiert werden konnte».*⁶³

In einer aktuellen Studie wird geschätzt, dass in Bezug auf den Rohstoffbereich die Verlagerung von Gewinnen in Niedrigsteuere Länder die Ukraine insgesamt *«etwa 3 Milliarden Euro pro Jahr kostet und sich die Steuerausfälle auf 750 Millionen Euro belaufen».*⁶⁴ In derselben Studie heisst es weiter, dass *«die Verlagerung von Einkommen in Niedrigsteuere Länder während der "pandemischen Wirtschaft" (2020-2021) auf 120-200 Milliarden ukrainische Hrywnja pro Jahr [4-6,8 Milliarden US-Dollar] geschätzt werden kann, was zu Steuerausfällen von 15-35 Milliarden Hrywni pro Jahr [520 Millionen - 1.190 Milliarden US-Dollar] führt».*⁶⁵ Unabhängig davon, wie hoch die Gewinnverlagerungen aufgrund von Verrechnungspreisen geschätzt werden, steht fest, dass die ukrainische Bevölkerung ohne die Beteiligung von Niedrigsteuere Ländern am Rohstoffhandel, allen voran der Schweiz, in der Lage wäre, einen entscheidenden Teil des erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtums zurückzuerhalten und sich damit aus ihrer Abhängigkeit vom Würgegriff neoliberaler Finanzinstitute zu befreien.

Die Quadratur des Kreises: Der Schweizer Handelsplatz garantiert die "saubere" Rückführung von zuvor hinterzogenen Gewinnen in die Ukraine

Es gibt noch einen letzten Aspekt in den Beziehungen zwischen dem schweizerischen und dem ukrainischen Kapitalismus: das "Round-Tripping ausländischer Direktinvestitionen". Das "Round-Tripping" ist im Wesentlichen eine Methode zur Maximierung der Steuerhinterziehung durch "Verrechnungspreise" sowie ein Mittel zur Geldwäsche. Im Wesentlichen geht es darum, die durch "Verrechnungspreise" unrechtmässig erzielten und auf ausländischen Konten oder Unternehmen deponierten Gewinne in Form von "ausländischen Direktinvestitionen" (FDI) an den Ausgangspunkt (das Herkunftsland) zurückzuholen, d.h. von den verschiedenen steuerlichen und nichtsteuerlichen Vergünstigungen zu profitieren, die Entwicklungsländer (aber nicht nur diese) ausländischen Unternehmen gewähren, die dort investieren.

Nach der Rückkehr in die Herkunftsländer werden diese Gewinne aus der anfänglichen Steuerhinterziehung in fiktive Investitionen (meist Unternehmen, die nur auf dem Papier existieren) oder in reale Investitionen umgewandelt, allerdings zu wesentlich geringeren Kosten, da sie als "Auslandsinvestitionen" anschliessend in den Genuss einer Reihe von Steuerbefreiungen und anderen Arten von Vergünstigungen kommen (niedrigere Steuersätze, besserer Rechtsschutz, bevorzugte Grundstücks- und Immobilienvermietung usw.).

So wurden beispielsweise seit 1998 in der Ukraine Sonderwirtschaftszonen und vorrangige Entwicklungsgebiete eingerichtet, die von erheblichen Steuer- (keine Einkommens- und Mehrwertsteuer) und Zollbefreiungen profitieren. Die Schaffung dieser Sonderwirtschaftszonen wurde mit dem Ziel begründet, ausländische Investitionen in die am stärksten benachteiligten Regionen des Landes zu locken, um deren Produktionskapazitäten zu entwickeln. So wurden zu diesem Zweck 12 Freihandelszonen und 464 vorrangige Entwicklungsgebiete geschaffen, was 20% des gesamten Staatsgebiets entspricht. Ein erheblicher Teil der Investitionen in diesen Bereichen stammt aus Offshore-Ländern, d.h. es ist Kapital, das zur Nutzung von Steuer- und Zollvorteilen repatriert wurde.

Tatsächlich *«wurden den Sonderwirtschaftszonen und vorrangigen Entwicklungsgebieten insgesamt 10,43 Milliarden Hrywni in Form von verschiedenen Vergünstigungen gewährt, während der Staat 8,14 Milliarden Hrywnji einnahm. Der Effizienzindikator für die Sonderwirtschaftszonen lag bei 0,59 Cent pro 1 Hrywnja, während das Verhältnis für die vorrangigen Entwicklungsgebiete 0,78 Cent pro 1 Hrywnja betrug».*⁶⁶ Offensichtlich hat das Projekt seine "offiziellen Ziele" nicht erreicht, so dass es 2005 grundlegend geändert wurde.

⁶³ GUE/NGL (Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke im Europäischen Parlament), Profit shifting in Ukraine's iron ore exports, von Alexander Antonyuk, Zakhar Popovych, Tommaso Faccio and Graham Stack, 2018, S. 21.

⁶⁴ Center for Socio-Economic Research CASE Ukrain /Institute of Social and Economic Transformation ISET, Comparative analysis of the tax effect of the use of tax evasion/avoidance instruments in Ukraine: 2021 (unsere Übersetzung), herausgegeben von Vladimir Dubrovsky / Vyacheslav Cherkashin / Oleg Hetman, Kiev, 2021, S. 7.

⁶⁵ Ebd. S. 5.

⁶⁶ <https://commons.com.ua/en/ukravina-ofshorna-istoriya-formuvannya-vitchiznyanovi-modeli-ekonomiki/>

Eine weitere besonders günstige und lukrative Möglichkeit für die Rückkehr ukrainischer ausländischer Direktinvestitionen aus der Schweiz ist der bereits erwähnte Privatisierungsplan 2019, der von der Regierung Selenskyj verabschiedet wurde. Die grossen ukrainischen Steuerhinterzieher:innen können so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Sie finden eine attraktive Plattform, auf die sie ihr repatriiertes Kapital lenken können, und können gleichzeitig für Investitionen von mehr als 10 Millionen US-Dollar in vorgesehene Privatisierungen fünf Jahre lang eine vollständige Steuerbefreiung erhalten. Ein bemerkenswerter Doppelgewinn für die ukrainischen Oligarch:innen.

Die Steuerausfälle durch "Roundtripping" sind erheblich. Allein im Jahr 2017 beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen, die ukrainischen Unternehmen oder Einzelpersonen zuzurechnen sind, auf rund 270 Millionen US-Dollar, was 10,4% aller ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine entspricht.⁶⁷ Und das meiste davon sind "ausländische Direktinvestitionen", die aus grossen Niedrigsteuerländern wie der Schweiz, Zypern und den Niederlanden kommen. Nach Angaben der ukrainischen Nationalbank beliefen sich die ausländischen Direktinvestitionen mit in der Ukraine ansässigen Investor:innen auf insgesamt 11,1 Milliarden US-Dollar bzw. 25,5% der gesamten ausländischen Direktinvestitionen in der Ukraine in diesem Zeitraum (43,6 Milliarden US-Dollar).

Nach einer Phase des starken Rückgangs in den Jahren 2014-2015, in der das im Ausland geparkte Kapital es offensichtlich vorzog, auf bessere Zeiten zu warten, ist seit 2017 ein Aufschwung zu verzeichnen: Die ausländischen Direktinvestitionen mit gebietsansässigen Investor:innen stiegen von 12,26% der Gesamtsumme im Jahr 2017 auf 22,8% im Jahr 2018 und auf 36,6% im Jahr 2019. Im Jahr 2021 erreichte der Anteil 68,5% der ausländischen Direktinvestitionen in Höhe von 1,6 Milliarden US-Dollar. Die grössten Mengen an Hin- und Rücktransaktionen wurden über Zypern, die Niederlande, die Schweiz und Österreich abgewickelt.⁶⁸

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass der Schweizer Handelsplatz ein wichtiges Rädchen im Getriebe für den Transfer von Profiten aus der Ukraine zum Zwecke der Steuerhinterziehung ist – aus dem er offensichtlich erhebliche Gewinne zieht. Gleichzeitig spielt der hiesige Handelsplatz auch eine wichtige Rolle, indem er den zurückfliessenden Geldern den Stempel "made in Switzerland" aufdrückt, um ihnen den Status von "ausländischen Direktinvestitionen" (FDI) zu verleihen, d.h. von sauberem Kapital, das auch von Steuerbefreiungen und besonderer rechtlicher Behandlung profitieren kann, da es aus "Drittländern" kommt. Die Schweiz erbringt also eine umfassende Dienstleistung für das ukrainische Kapital, das sich zu einem grossen Teil in den Händen der Oligarch:innen befindet, und das natürlich nicht zum Nulltarif. Schlussendlich zahlen aber die Lohnabhängigen der Ukraine den Preis dafür.

⁶⁷ https://case-ukraine.com.ua/content/uploads/2020/09/CASE_Tax-avoidance.pdf

⁶⁸ Nationalbank der Ukraine, Abteilung Statistik, Kiew, 2022. Siehe https://bank.gov.ua/admin_uploads/article/FDI_round_triping_pr_2022-03-31.pdf

8. Schlussfolgerungen

Mit diesem Beitrag wollten wir eine detailliertere Analyse der manchmal widersprüchlichen, aber meistens übereinstimmenden Beziehungen und Interessen zwischen dem schweizerischen und dem ukrainischen kapitalistischen Regime bieten. Regime, die auf Entwicklungen reagieren, die sich aus unterschiedlichen historischen Besonderheiten ergeben, aber das gleiche Ziel verfolgen: einen möglichst grossen Teil des von der Erwerbsbevölkerung produzierten gesellschaftlichen Reichtums an sich zu reissen, sowohl ausserhalb als auch innerhalb ihrer jeweiligen Grenzen.

Ein konkreter Anknüpfungspunkt zum politischen Handeln ergibt sich aus unserem Beitrag in Bezug auf die aktuelle imperialistische Aggression Russlands gegen die Ukraine. Ein Anknüpfungspunkt, der vor allem nach Beendigung des bewaffneten Konflikts von grösster Bedeutung sein wird. Denn von diesem Moment an wird die ukrainische Bevölkerung, insbesondere die arbeitende Bevölkerung, mit einem neuen Kampf konfrontiert sein: der "Wiederaufbauphase", die vor dem Hintergrund eines möglichen Konflikts zwischen den Interessen der grossen fortgeschrittenen imperialistischen Länder und denjenigen der verschiedenen oligarchischen Fraktionen, die die Ukraine noch kontrollieren, stattfinden wird. In der Mitte werden die ukrainischen Lohnabhängigen stehen, die ein Gesellschaftsmodell ablehnen müssen, das auf den brutalsten neoliberalen Massnahmen und dem Modell eines primitiven und parasitären Kapitalismus der Oligarch:innen beruht.

Wir können nur hoffen, dass die ukrainische Arbeiter:innenklasse in der Lage sein wird, sich aus eigener Kraft zu wehren, und wünschen ihr viel Glück bei der Abwehr dieser Angriffe und bei der Entwicklung eines alternativen Modells, in dessen Mittelpunkt die Rechte und sozialen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung stehen. Dieser wichtige Kampf, der vor uns liegt, muss von allen internationalen Organisationen, die radikal für eine Alternative zum bankrotten kapitalistischen Modell kämpfen, in Form von konkreten Aktionen, Debatten und politischen Ausarbeitungen unterstützt werden.

In diesem Sinne muss der Beitrag der Organisationen, die in der Schweiz gegen die russische Invasion in der Ukraine kämpfen und einen Wiederaufbauprozess des Landes fordern, der von der ukrainischen Bevölkerung selbst gesteuert wird und nicht von imperialistischen Regierungen, die Rolle des Schweizer Imperialismus anprangern und entsprechende Forderungen daraus ableiten.

Eines der reichsten Länder der Welt, das direkt und indirekt für die Bereicherung einer Minderheit ukrainischer Oligarch:innen zum Nachteil der grossen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes verantwortlich ist, muss ohne jede Gegenleistung einen finanziellen und substanziellen Beitrag zum Wiederaufbau leisten: Substanzielle Hilfe, die von den neoliberalen Wegen, die die internationalen Finanzinstitutionen im Dienste der imperialistischen Interessen dem ukrainischen Volk aufzwingen wollen, völlig "abgekoppelt" werden muss. Finanzielle Hilfe, die an das ukrainische Volk gehen muss (im Sinne ihrer Verwaltung und Zuteilung), ohne dass sie durch die institutionellen Vermittler des Schweizer Kapitalismus geht.

Bewegung für den Sozialismus (BFS/MPS)

2022